

Politische Berichte ★

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzähliglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigte Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionssadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 0221/211658 Fax: 0221/215373

Nummer 5 / 17. Jahrgang

7. März 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Rechte Hetzer in den US-Vorwahlen

Mit Pat Buchanan hat die republikanische Partei einen Vertreter offen faschistischer Positionen großwerden lassen

Pat Buchanans Sieg in den New Hampshire-Vorwahlen für den Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei war ein großer Schock. Wirklich? Pat Buchanans Geschick, mit seinem Geifer alle Ressentiments inverbitterten, niedergedrückten Schichten aufzurütteln, war bekannt und hatte ihm zuvor zu großen Erfolgen in den Wahlversammlungen („Caucuses“) in Louisiana und Iowa verholfen.

Buchanan hetzt gegen alles, was nicht WASP (weiß, angelsächsisch, protestantisch) ist: gegen die Juden, gegen Immigranten im allgemeinen (5 Jahre genereller Einwanderungsstopp) und gegen mexikanische im besonderen (Zumauern der Grenze zu Mexiko), gegen Afro-Amerikaner und alle anderen Minoritäten (Stopp der „Affirmative Action“-Gesetze, die Firmen zwingen, einen gewissen Prozentsatz von Minoritäten zu heuern), gegen Abtreibung, selbst in Fällen von Vergewaltigung, Inzest oder Gefahr für das Leben der Mutter, gegen Homosexuelle, gegen jede Einschränkung von Waffenbesitz, gegen Gesetze zum Schutz der Umwelt.

Neben diesem Standardrepertoire der reaktionären Rechten hat Buchanan zwei Themen, die ihn von seinen Konkurrenten absetzen: er wettert gegen NAFTA und andere Freihandelsabkommen und propagiert Isolationismus, Konzentration der USA auf sich selbst, Beendigung aller Auslandshilfe und Rückzug aller US-Truppen in die USA. Mit diesen, hier „populistisch“ genannten Forderungen, will sich Buchanan zum „Anwalt des kleinen Mannes“ machen, der infolge der Freihandelsverträge seinen Job verloren hat. Nationalismus und „Sorge ums Volk“, das alte Rezept der Faschisten.

Buchanan ist der Darling der Presse. Natürlich gibt man sich entrüstet über einige seiner Aussagen. Aber niemand greift das, was er propagiert, als faschistisch an. Einer der Gründe dafür ist, daß Buchanans Hetztiraden die Auflage erhöhen. Bob Doles Appeal ist so frisch wie ein ausgelutschter Kaugummi unter der Schulbank, auf dem die letzte Generation schon rumgekaut hat. Kandidat Steve Forbes: Dem Verleger-Milliardär gelingt es zwar für kurze Zeit, die Leute mit seinem „Flat-Tax“-Vorschlag (gleicher Steuersatz für alle Einkommen) zu verdummbeuteln. Aber dann fällt auch demjenigen, der den Mathematikunterricht geschwänzt hat, auf, daß Forbes Versprechen, daß alle, vom Schuhputzer bis zum Milliardär Steve Forbes, weniger Steuern bezahlen werden, nicht ganz wahr sein kann. Lamar Alexander: seine Qualifi-

kation besteht darin, daß während seiner Zeit als Gouverneur von Tennessee sein Reichtum um 3 Mio. \$ stieg. Damit stellt er die Clintons in den Schatten.

Buchanans Taktik ist es, mit seiner Hetze bestimmte Schichten anzusprechen und zur Stimmabgabe zu mobilisieren. Da die Wahlbeteiligung in den Vorwahlen zwischen 10 und 15 Prozent liegt, reicht selbst eine kleine Gruppe aus, um ihm die 15 bis 35 Prozent einzubringen, die er bisher erhalten hat. In Louisiana haben ihn Neo-Nazis und der ehemalige Ku-Klux-Klan-Führer Duke unterstützt. Nach den Wahlen hat sich Buchanan dann schnell distanziert.



Es ist unwahrscheinlich, daß Buchanan an die Nominierung auf dem Parteitag im August gewinnen kann. Aber die Erfahrung des letzten Wahlparteitags vor vier Jahren lehrt, daß die Buchanan-Delegierten die Partei-Plattform entschieden nach rechts rücken können.

Von Seiten der Demokratischen Partei ist keine Kritik zu hören, die Buchanans Propaganda als Faschismus angreift. Sie hofft, daß Dole aus der Auseinandersetzung geschwächt hervorgeht und nach rechts getrieben wird. Dann wird Clinton versuchen, die „gemäßigten“ republikanischen Wähler an sich zu ziehen. Oder, wenn Buchanan die Nominierung gewinnen sollte, versprechen sich die Demokraten, daß viele Republikaner für Clinton stimmen, weil sie Buchanan noch mehr ablehnen.

Einzig die Gewerkschaften und eine Gruppe Latein-Amerikaner sind gegen Pat Buchanan auf seinen Wahlveranstaltungen (lt. Presse) aufgetreten.

Die Führung der Demokratischen Partei versucht, sich von Pat Buchanan zu distanzieren, ihn als die „loose gun“ hinzu stellen. Auf diese Heuchelei geht der Kommentator John McCarron in der *Chicago Tribune* (26.2.96) ein:

„Haben sie wirklich geglaubt, sie könnten das unter Kontrolle halten? Haben die Patrizier, die die Republikanische Partei in der Hand haben, wirklich geglaubt, sie könnten all den Ärger und Haß, der unter der Oberfläche des amerikanischen Lebens verborgen liegt, hochbringen und für ihr Unternehmer-freundliches Programm von Flat Tax und Freihandel einspannen?“

Und über die republikanischen Präsidentschaftskandidaten und Partei-theoretiker, die sich jetzt gegen Pat Buchanan zusammenrotten: „Das sind die gleichen republikanischen Parteipolitiker und rechten Aufsetzer, deren Anti-Regierungs-Rhetorik den Aufstieg Pat Buchanans möglich, wenn nicht sogar unvermeidlich gemacht haben.“

Weiter: „Durch die unermüdlichen Anstrengungen von Pat Buchanan, Pat Robertson, William Bennett, Rush Limbaugh (alles Radio-Talk-Show-Gäste, d. Verf.) und vielen anderen sind Teile der arbeitenden Bevölkerung in diesem Land überzeugt worden, daß ihre schlechte Lage nicht durch ein unbarmherziges ökonomisches System zustande gekommen ist, sondern durch eine entfremdete Regierung in Washington und, noch hinterhältiger, durch „fremd-artige“ Leute und Ideen, die sie irgendwie um ihr amerikanisches Geburtsrecht auf persönliches Wohlergehen und finanzielle Sicherheit gebracht haben. Die neuen Volksfeinde sind Schulbusse (ein Mittel gegen die Segregation der Schulen, d. Verf.) und „affirmative action“, radikaler Feminismus und Rechte für Homosexuelle, multikulturelle Erziehung und all die neuen Leute, die eine andere Sprache sprechen. Und der Erzfeind hinter all den anderen Feinden: die spitzköpfigen Liberalen in Washington, die dein hartverdientes Geld nehmen und dir dann sagen, wie du dein Leben zu führen hast. Das, oder so ähnlich, ist jetzt die Standardwahlkampfrede der Republikaner ...“ „Tatsache ist, diese wütende Litanei von Ressentiments macht 90% der diesjährigen republikanischen Botschaft aus. Pat Buchanans Sünde ist, daß er sich nicht mehr an die restlichen 10% hält - die „supply-side“-Sachen über die Vorteile von „freiem Handel“ und einer weltweit konkurrenzfähigen (sprich: niedrigen) Lohnstruktur.“

Und er schließt: „... müssen wir jetzt die Heuchelei der Republikaner der Mitte ertragen, die plötzlich behaupten, einen Frankenstein in ihrer Mitte entdeckt zu haben. Glaub ihnen nicht. Pat Buchanan ist ihr Baby. Und Dank ihrer unermüdlichen Anstrengungen mag er bald ihr Präsident sein.“ (ger, her)

FAZler Reißmüller zerrt am Potsdamer Abkommen

Wie wir letzte Ausgabe dokumentierten, hatten die USA angesichts der Tschechienpolitik die BRD an das Potsdamer Abkommen erinnert und die Hoffnung ausgedrückt, es möge respektiert werden. Aber so leicht gibt man in Deutschland nicht auf. Am 27.2. äußert sich FAZ-Herausgeber Reißmüller in seiner Zeitung unter dem bezeichnenden Titel „Im Potsdamer Abkommen steht vieles“ und zitiert daraus: „... die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung deutscher Bevölkerungsgruppen oder von Teilen von ihnen, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß alle Überführungen, die stattfinden werden, auf ordnungsgemäße und humane Weise erfolgen sollen.“

Dazu meint nun der FAZler, „in der Wendung „erkennen an“ kommt zum Ausdruck, daß die Initiative zur Deportation der Deutschen nicht von den Siegermächten ausging, sondern von den Staaten, aus denen die Deutschen entfernt werden sollten.“ Diese Interpretation will den tschechischen Staat, der sich gegen die Institutionalisierung einer neuen deutschen Einmischung zu wehren hat, des internationalen Rückhalts berauben. Reissmüller probiert aber bloß einen Schwindel. Der von ihm zitierte Satz reicht bis zu dem Verb „muß“. Er drückt nicht irgendjemandens Initiative aus, sondern den Zwang von Umständen, die man muß oft daran erinnern, durch die faschistische Eroberungspolitik geschaffen worden waren. Wie auch hätten die deutschen Bevölkerungsgruppen, die vorgeschober Anlaß und aktiv Mitwirkende bei der Vernichtung Polens und Tschechiens waren, sich in diese von den Spuren des Krieges, des Terrors und der Vernichtung tief gezeichneten, wieder entstandenen Gemeinwesen integrieren sollen? So kam es zu diesem „muß“ im Potsdamer Abkommen.

Reissmüllers zweites Argument ist noch schwächer. Er zählt xerlei Bestimmungen des Potsdamer Abkommens auf, die entweder nie verwirklicht wurden oder heute nicht mehr Bestand haben. Das soll nahelegen, daß das ganze Abkommen irgendwie überholt sei. Was hätte davon deutsche Expansionspolitik? Gilt das Potsdamer Abkommen, so können sich Länder, die wie zur Zeit Tschechien, von Ansprüchen der BRD, des Rechtsnachfolgers des 3. Reichs, bedrängt werden, an die Signatarmächte des Abkommens um Beistand wenden; so scheint es auch geschehen zu sein. Reißmüller streut sein schwaches Argument in die Öffentlichkeit jener Länder, d.h. der USA, Großbritanniens und Rußlands.

Er rechnet anscheinend mit Sympathie für die deutsche Ostpolitik in jenen Ländern und liefert ein Argument zur Vermeidung eines Konfliktes mit dem neuen Deutschland. Dieser Kopf, der hinter der FAZ steckt, hält sich für zu klug und alle anderen für zu dummi. (maf)

„Frieden jetzt!“ — Demonstration für eine politische Lösung in Kurdistan, Hamburg, 16. März (näheres Seite 4)

AKTUELL IN BONN**Über 3.600 Telefonüberwachungen**

Das Bundesministerium für Post und Telekommunikation hat im Jahr 1995 3.667 richterliche oder staatsanwaltliche Anordnungen zur Telefonüberwachung erfaßt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen (Ds. 13/3618 bzw. 13/3455) hervor. Jeweils über 600 dieser Anordnungen, zusammen also mehr als ein Drittel, seien in den Direktionsbereichen Düsseldorf und Frankfurt am Main eingangen, weiß die Bundesregierung noch zu berichten. Sonst weiß sich angeblich nichts. Weder, welche Strafvorwürfe den jeweiligen Überwachungsmaßnahmen zugrundelagen, wieviele Unschuldige auf diese Weise abgehört wurden noch, welche Ergebnisse diese Form des „kleinen Lauschangriffs“ für die Strafverfolgung eigentlich erbracht hat. Immerhin: Seit 1.1.1996 soll nach einer Vereinbarung der Justizminister jetzt genauere Statistik geführt werden - in Vorbereitung auf den großen Lauschangriff?

Arbeitslose: „Dynamisch in die weitere Verarmung“

Am 9. Februar hat der Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Reform des Arbeitslosenhilfrechts“ verabschiedet. Das Gesetz muß jetzt noch durch den Bundesrat. Die Regierung rechnet infolge ihrer Kürzungen mit einem Anstieg der Sozialhilfeausgaben. In den Monaten April bis Dezember 1996 sei deshalb mit Mehrausgaben der Kommunen in Höhe von 200 Mio. DM zu rechnen. Die PDS-Abgeordnete Knake-Werner: „Das Gesetz führt ... zu Leistungskürzungen bei Arbeitslosen mit Kindern bis auf 949 DM (West) und 790 DM (Ost) sowie bei Arbeitslosen ohne Kindern bis auf monatlich 808 DM bzw. 707 DM. Diese Beträge liegen unter dem steuerlichen Existenzminimum für eine ledige Person.“

Selbststötungsversuche von Flüchtlingen

Zehn Menschen haben 1995 allein im Bereich des Flughafentransits in Frankfurt/Main aus Verzweiflung über ihre Abweisung als Asylbewerber versucht, sich zu strangulieren, Rasierklingen zu verschlucken, sich die Pulsadern aufzuschneiden oder sich anderweitig das Leben zu nehmen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke hervor. Für die vier anderen Flughafen-Transitbereiche (Düsseldorf, Hamburg, Berlin-Schönefeld und München) konnte oder wollte die Bundesregierung keine Auskunft geben. Weitere Ergebnisse der Anfrage: 1995 mußten sich 99 Personen über 25 Tage im Transitbereich aufhalten, 34 Personen sogar länger als 40 Tage, vier Personen über 100 Tage. Fünf weitere Personen (zusätzlich zu denen, die eine Selbsttötung versuchten) mußten in psychiatrische Krankenhäuser eingewiesen werden. Auf die Frage der Abgeordneten, welche Konsequenzen die Regierung aus der hohen Zahl der versuchten Selbststötungen ziehe, antwortete die Regierung zynisch, sie wünsche eine „Beibehaltung des hohen Standards“!

Rühe will mehr rüsten

Verteidigungsminister Rühe will in den nächsten fünf Jahren die Ausgaben für militärische Beschaffung um 50% steigern. Statt derzeit 6 Mrd. DM sollen im Jahr 2001 9 Mrd. DM für Beschaffungen ausgegeben werden. Dabei soll der sogenannte „Investitionsanteil“, d.h. die echten Neubeschaffungen im Unterschied zu Ausgaben für „Betrieb und Instandhaltung“ von derzeit 1,4 Mrd. DM auf dann 2,7 Mrd. DM im Jahr steigen, d.h. sich fast verdoppeln. Die Rüstungsindustrie wird mit Freuden aufnehmen. Zu den großen Beschaffungsvorhaben gehören der „Eurofighter“, Kampfhubschrauber, Drohnen u.ä. sowie ab der Jahrtausendwende drei weitere Fregatten, vier neue U-Boote und Korvetten - gegen welchen Feind?

Contra Ausländer

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, der Abgeordnete Udall, hat eine Verringerung der Arbeitserlaubnisse für „Nicht-EU-Ausländer“ gefordert. „Derzeit würden jährlich rund 800.000 Arbeitserlaubnisse für Arbeitnehmer außerhalb der EU erteilt“, zitiert ihn das *Handelsblatt* am 23.2. Diese „Arbeitsgenehmigungen“ müßten verringert werden. Die Forderung richtet sich insbesondere gegen Beschäftigte aus der Türkei und Ex-Jugoslawien, die bekanntlich seit Jahren in der BRD leben und deren Kinder zunehmend auf den Arbeitsmarkt drängen. Ihnen die Arbeitsgenehmigung zu verweigern heißt, sie in die Kriminalität und illegale Jobs hinabzudrücken. Vor Udall hatte schon Kohl im Zusammenhang mit dem „Bündnis für Arbeit“ gefordert, die Arbeitsgenehmigungen für Ausländer in der BRD einzuschränken.

Griechenland: Reparationen für NS-Verbrechen!

Die griechische Regierung hält an ihrer Forderung nach deutschen Reparationen für die Verbrechen der nationalsozialistischen Besatzungszeit in Griechenland trotz deutscher Weigerung, darüber zu verhandeln, hartnäckig fest. Bei dem Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Simitis in Bonn am 22. Februar mußte sich Kohl erneut diese Forderung anhören. „Die Athener Regierung drängt auf Rückzahlung eines Zwangsdarlehens, das Griechenland den deutschen Nazi-Okkupationsbehörden gewähren mußte. Zudem geht es um Ansprüche Griechenlands infolge von Nazi-Verfolgungsmaßnahmen, wobei sich Bonn auf eine bereits geleistete Zahlung von über 100 Mill. DM seit 1960 beruft und jede weiteren Verhandlungen bisher ablehnt“, berichtet das *Handelsblatt* (23.2.).

Was kommt demnächst?

Am 7. März beraten die Ministerpräsidenten u.a. über eine Verlegung des Bundesrat-Sitzes nach Berlin. Am gleichen Tag berät der Bundestag über das „Bündnis für Arbeit“ sowie einen PDS-Antrag: „Keine deutsche Beteiligung an militärischen Aufklärungssatelliten“. Für den 8. März haben die Regierungsparteien ihren Antrag „Ehrenschutz für Soldaten“ auf die Tagesordnung gesetzt.

„Beispielloser Sozialabbau“**Die BAG der Sozialhilfe-Initiativen zu Seehofers „Sozialhilfe-Reform“**

Am 29. Februar verabschiedeten die Regierungsparteien im Bundestag Seehofers umstrittene „Sozialhilfe-Reform“. Das Gesetz muß jetzt noch durch den Bundesrat. Sollte auch das gelingen, so hätte die Bundesregierung erneut einen massiven Sozialabbau durchgesetzt offenbar ganz und gar unbeeindruckt durch die Forderungen der Gewerkschaften, im Rahmen eines „Bündnis für Arbeit“ auf solchen Sozialabbau zu verzichten. Wir dokumentieren eine (geringfügig gekürzte) Protesterklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen. (Zwischenüberschriften von d. Red.)

Trotz vehemente Proteste in der Anhörung des Gesundheitsausschusses und in zahlreichen öffentlichen Verlautbarungen der Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfeorganisationen haben die regierungstragenden Fraktionen keine richtungweisenden Veränderungen vorgenommen, welche die Interessen der sozialhilfebeziehenden und armen Menschen in der Bundesrepublik aufgreifen würden. Im Gegenteil, der zentrale Angriff auf unsere existentiellen Belange, die Festschreibung des Lohnabstands auf 15%, besteht weiterhin.

Absolute Kürzungen der Sozialhilfe

Diese Ermächtigungsformel für das Jahr 1999 wird zu Regelsatzkürzungen führen, weitere lineare Kürzungen werden nun durch die Streichung des Mehrbedarfeszuschlags für Ältere und Erwerbsunfähige durchgesetzt. Beschwichtigende Reden zum Lohnabstandsgebot und das Einbringen der Streichung des Mehrbedarfeszuschlags buchstäblich in letzter Minute soll eine breite öffentliche Auseinandersetzung um diesen beispiellosen Sozialabbau verhindern.

Obwohl alle noch in dieser Woche geänderten Paragrafen des Bundessozialhilfegesetzes Relevanz für Sozialhilfeberechtigte haben, konzentrieren wir uns hier auf die drei für unsere Initiative wichtigsten Veränderungen.

§ 16: Sollte es eine Kür für den „Unparagrafen des Jahres“ geben, wird der 16er zweifellos die Krone gewinnen!

Die Vermutung der Bedarfsdeckung zwischen Bewohnern einer Wohngemeinschaft wird legitimiert. Es wird davon ausgegangen, daß die Menschen gemeinsam wirtschaften und eine Haushaltsgemeinschaft bilden. Daraus entsteht jetzt allerdings nur noch die Konsequenz, daß bei den Kosten der Unterkunft Bedarfsdeckung von SozialhilfebezieherInnen durch die Mitbewohner eingefordert wird. Dies entbehrt jeglicher Logik und Rechssicherheit für die Betroffenen. Wenn gemeinsam gewirtschaftet wird, dann besteht schon nach §76 die Pflicht, evtl. geldwerte Leistungen durch Mitbewohner im Detail zu beziffern und anzurechnen. Der Gesetzgeber nimmt nur scheinbar die Lebenshaltungskosten aus diesem Paragrafen und ebnnet den Weg für willkürliche Handhabung durch den Sozialhilfeträger. Das wird kurzfristig zu Prozessen führen und mittelfristig einen Bedarf nach Nachbesserung schaffen. (...)

Förderung von Zeitarbeitsfirmen und Leiharbeit

§ 20b: Im Bereich Förderung der Arbeitsaufnahme und ihre Durchführung

wird es auch nur noch düsterer. War im Referentenentwurf dem Sozialhilfeträger noch empfohlen, gemeinnützige Beschäftigungs- und Arbeitsförderungsgesellschaften mit der Durchführung von Maßnahmen zu betrauen, erwähnte diese der Gesetzentwurf schon nicht mehr. In den Änderungen wird das Ziel der Norm noch deutlicher, denn sie sagt nun: die Durchführung der Fördermaßnahmen und Arbeitnehmerüberlassungen sollen privaten oder gemeinnützigen Stellen übertragen werden, wobei in der Begründung deutlich auf gewerbliche Stellen hingewiesen wird. Damit ist die Zukunft der Hilfe zur Arbeit als ein Paket zur Förderung von Zeitarbeitsfirmen und Arbeitsverleihern der Weg gegeben.

Sonderstrafen für Alte und Arbeitslose

§ 23: Die Streichung der pauschalierten Mehrbedarfsregelung für ältere und erwerbsunfähige Personen ist eine Unheuerlichkeit, bedenkt man die Grundlagen, auf denen dieser Mehrbedarf einmal definiert wurde. Die Möglichkeit für ältere Menschen, weiter am sozialen Leben teilzuhaben, ihre Schwierigkeiten, preisgünstige Einkaufsmöglichkeiten wahrzunehmen, ihr höherer kosmetischer Bedarf und die zusätzlichen Kosten, die häufigeres Waschen der Kleidung verursacht, dies und mehr spielt offensichtlich für den neuen „Alten“, definiert durch medizinische Höchstleistungen durchs Rentenalter joggt, keine Rolle mehr. Sollte er doch zu den wenigen Ausnahmen gehören, die sich nicht der ewigen Jugend verschrieben haben, oder für die „die Gründe ihrer Erwerbsunfähigkeit auch zu persönlichen Beeinträchtigungen geführt haben“, dann kann er einen individuellen Bedarf geltend machen.

Er darf also mit der Darstellung seiner intimsten „Beeinträchtigungen“ beim Sozialamt vorstellig werden und erhält dort „zielgenauer“, also nicht pauschaliert, Abhilfen. Die Besitzstandsklausel ist eine kleine Schonfrist, die wie schon beim Lohnabstandsgebot das tatsächliche Greifen von linearen Kürzungen in die Zukunft legt, so daß es nicht zu spontanem Unmut in der Bevölkerung kommt.

In einer Art Testverfahren, mit wie wenig Menschen noch überleben können, galt der Mehrbedarfeszuschlag für Ältere und Erwerbsunfähige in den neuen Bundesländern bis jetzt nicht. Dies sollte sich nun bald ändern, versprach Herr Seehofer noch Ende letzten Jahres. Dann entschieden sich die Politiker jedoch dazu, die Gleichheit im Unrecht als Prinzip zu wählen und den Mehrbedarfeszuschlag für alle zu streichen. (...)

Die wirkungsvollste Verbesserung in den Änderungsvorschlägen der CDU/FDP-Koalition ist im § 25 enthalten. Hier nach wird nun vor der disziplinarischen Kürzung des Regelsatzes um 25% nach Verweigerung von zumutbarer Arbeit eine Überprüfung bei Widerspruch und Klage zugelassen.

Wenn dies auch nicht in allen Fällen gilt, haben sich hier die Parlamentarier doch noch einmal auf die Grundlagen des Rechtsstaates besonnen und die Einführung einer standrechtlichen Arbeitsstrafe bis auf weiteres vertagt.

Frankfurt, 29. Februar 1996.

Für d. Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen: Molloy

Neuordnung der Werften?

Krise beim Bremer Vulkan / Thyssen und Preussag wollen das Werftenmonopol

Nach einem Gespräch von Vertretern der beteiligten Banken, Vorstand und Belegschaftsvertretern beim Vergleichsverwalter wurde der Belegschaft und der Öffentlichkeit am 27.2. mitgeteilt, daß ein Konkurs des Vulkan-Verbundes im Anschluß zur Zeit nicht ansteht würde, die Löhne und Gehälter der Beschäftigten sind bis Ende April gesichert. Was dann allerdings der Belegschaft blüht, läßt nichts Gutes erwarten. Es wird sicher zu Massenentlassungen und Standortschließungen kommen. Die Schlacht der Werften um ihren Weltmarktanteil wird vom Vulkan-Verbund nicht viel übrig lassen.

Alle vier großen deutschen Werftstandorte, Bremer Vulkan, HDW-Kiel (Preussag), Blohm+Voss Hamburg und die ebenfalls zu Thyssen gehörende Thyssen-Nordseewerke in Emden, haben ihre Vorbereitungen auf die Neuaufteilung des nationalen Schiffbaumarktes auf vollen Touren laufen. Massenentlassungen, sozial abgefedert über Vorruststandsregelungen oder sogenannte Personaleinsatzreserven haben allein zwischen September 1994 und 1995 die Beschäftigung auf den Werften von 35.000 auf 31.500 gedrückt. Scharfe Rationalisierungsprogramme wie Teilbetriebsstilllegungen, Auslagerung von Produktion z.B. nach Polen oder Lettland und „Konzentration“ auf die Kernfähigkeiten einer Werft“ bis hin zu KVP-Programmen (Kontinuierlicher Verbesserungsprozeß), Umstellung von Arbeitsabläufen oder Arbeitszeitflexibilisierungen haben kleine Kernbelegschaften entstehen lassen, die bei Bedarf jederzeit über Leiharbeit und Werkverträge aufgestockt werden können.

Im Herbst 1996 soll ein OECD-Abkommen in Kraft treten, das weltweit staatliche Subventionen für die Werftindustrie und den Schiffbau untersagt. Bis dahin soll eine Stillhalteklausel den Subventionswettlauf der Schiffbaunaationen einfrieren. Länder, die sich vor einiger Zeit von ihrer nationalen Schiffbauindustrie verabschiedet haben, wie z.B. Schweden, sind angesichts der neuen Bedingungen gerade dabei, ihre Werftindustrie wieder zu aktivieren. Auf dem Weltmarkt sind Japan (45,6%) und Südkorea (21,8%) führend bei der Gesamtproduktion von Schiffstonnage. China als aufstrebende Schiffbaunaation ist dabei, die BRD als stärkste europäische Schiffbaunaation zu überholen.

Um Schiffbauaufträge zu bekommen, bieten die Werften heute nicht mehr nur den Schiffsneubau an, sondern ködern ihre Kunden mit allen möglichen Leistungen. Dazu gehören neben den klassischen Methoden wie Preisnachlässe oder Rabatte mittlerweile auch Finanzierungsbeteiligungen oder die Werftgarantie für den Auftraggeber, Fracht- und Charteraufträge für einen bestimmten Zeitraum zu übernehmen. So ist der Bremer Vulkan auch finanziell über seine Beteiligungsgesellschaften z.B. im Reedereigeschäft stark eingebunden.

Weiter haben mittlerweile alle Werftstandorte ihre Unternehmensform von ehemaligen z.B. AGs in GmbHs umgewandelt, Beteiligungsgesellschaften gegründet sowie Betriebsteile ausgegliedert. So wurde aus der Blohm+Voss AG vor einigen Wochen eine Holding, eine Werft GmbH und der Maschinenbau als eigenständige GmbH abgespalten. Gleichzeitig erfolgte eine Unterstellung der Hamburger Werft mit der Schweizerwerft Thyssen-Nordseewerke Emden unter das Dach von Thyssen Industrie als Thyssen Werft GmbH.

Hintergedanke ist die Überlegung bei Thyssen, in absehbarer Zeit mit der Preussag Werft HDW in Kiel zu fusionieren. Zusammenarbeit gibt es schon seit vielen Jahren, gerade auf dem lukrativen Gebiet des Fregatten- und U-Boot-Baus. Dieser Zusammenschluß war und ist direkt gegen den Bremer Vulkan gerichtet und wird für die nächsten Monate erwartet. Bei der Auftragsvergabe der gerade für die Bundesmarine in Dienst gestellten Fregatten vom Typ F-123 haben sich Hamburg und Kiel durchgesetzt. Auch die nächste Generation BRD-Fregatten F-124 wird von Blohm+Voss als Konsortialführer zusammen mit HDW Kiel gebaut.

Produktivitätssteigerungen auf den Werften zwischen 30 und 40 Prozent bei gleichzeitigem Personalabbau signalisieren eine enorme Steigerung der Arbeitsintensität für die betroffenen Werftbelegschaften. Arbeitsplatzsicherheit gibt es trotzdem nicht, im Gegen teil. Eine ähnliche Situation wie beim Bremer Vulkan droht auch der Belegschaft von Blohm+Voss. Zweistellige Millionenverluste in der Schiffsreparatur bereits im zweiten Jahr und kaum Aufträge im Schiffsneubau bedeuten seit Monaten Kurzarbeit und Lohnneinbußen. Am 7.3. sind die Betriebsräte zu einer Sitzung geladen, auf der Vorsitzender Nitzsch eine wichtige Entscheidung mitteilen will.

Die IG Metall ist in der Auseinandersetzung um den Bremer Vulkan um Schadensbegrenzung bemüht, ist doch der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und IG-Metall-Bezirksleiter Küste, Frank Teichmüller, erheblich unter Druck geraten. So werden Teichmüller und der ehemalige Vulkan-Vorsitzende Hennemann in einem Atemzug als „Erbauer“ des Vulkanverbundes mit seinen breit gestreuten Produkten genannt. Kritik kommt auch von den Belegschaften der Ostwerften, denen der



Vulkan mit seinem Aufsichtsrat Millionen DM vorenthalten hat. Hier hat die IG Metall und allen voran Teichmüller einiges zu erklären, um einer drohenden Entsolidarisierung der Betriebsräte und Belegschaften aller Werftstandorte der Küste zu begegnen. So ist es jetzt sicherlich dringend, endlich eine regelmäßig tagende Konferenz mit Delegationen aller Werftstandorte auf Seiten der IGM einzurichten, wie es seit vielen Monaten von Vertrauensleuten und Betriebsräten einzelner Werften immer wieder gefordert worden ist.

Das Konzept einer nationalen maritimen Verbundindustrie, wie sie mit dem Bremer Vulkan geschaffen werden sollte und so auch durch die IG Metall getragen worden ist, ist am gemeinsamen Widerstand von den beteiligten Großbanken und deren interessierten Konzernen gescheitert. Dieses Konzept

muß sich sicherlich einer gewerkschaftlichen Diskussion stellen.

Die zweimonatige Galgenfrist, die die Großbanken der Belegschaft des Bremer Vulkan eingeräumt haben, sind aus reinem Kapitalinteresse gewährt, sind doch noch Aufträge, die Geld bringen, von der Belegschaft abzuwarten. Mit dem drohenden Konkurs in der Hand hoffen Banken und Gläubiger, doch noch einiges zu erpressen. Kommentare in der Presse geben den Weg vor: Der Vulkan-Verbund ist auszulöschen. Es scheint, Preussag und Thyssen haben das Rennen gemacht.

In der letzten Woche sind viele Solidaritätsadressen beim Betriebsrat in Bremen eingetroffen. Werftarbeiter bei Blohm+Voss und HDW haben Demonstrationen zur Unterstützung der Belegschaft des Vulkan durchgeführt. Weitere Aktionen sind in Planung. (mie)

Positionspapier IG Metall Bezirk Küste zum deutschen Schiffbau



1. Die IG Metall fordert die Unternehmen der deutschen Schiffbauindustrie und die norddeutschen Bundesländer auf, einen Branchendialog für die Schiffbauindustrie im Rahmen eines „Norddeutschen Bündnisses für Arbeit“ zu organisieren. Dieses Bündnis soll die Arbeitsplätze auf den Werften und in der Zuliefererindustrie sichern und neue Arbeitsplätze schaffen.

Der Trend bei den Beschäftigtenzahlen auf den Werften, der seit Jahren nach Umfragen der IG Metall nach unten geht, muß umgedreht werden. Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen soll an positive Beispiele angeknüpft werden: in der Ausbildung über den Bedarf hinaus, Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen für Dauerbeschäftigung auch in Berufen wie Schiffsbauer und Schweißer, Nutzung von tariflichen und außertariflichen Möglichkeiten zu Beschäftigungsicherung, Umwandlung von Mehrarbeit in Arbeitsplätze, Verringerung von Leiharbeit und Umwandlung in feste Arbeitsverhältnisse. Darüberhinaus sind überbetriebliche Kooperationen bei Ausbildung, Qualifizierung, Forschung und Entwicklung erforderlich.

Konkret ist nicht an die Abschaffung sämtlicher Überstunden gedacht, sondern an flexible Arbeitszeitmodelle, die eine Abgeltung von Überstunden in Freizeit ermöglichen. Daneben ist eine neue beschäftigungspolitische Formen, wie zum Beispiel überbetriebliche Ausbildungspotenzialpools oder auch Arbeitskräftepools nach dem Vorbild des START-Programms in NRW/Zeltwerk in Hamburg zu denken.

Diese Beispiele müssen in eine norddeutsche Schiffbau-Initiative übertragen werden.

2. Mit der Nichtunterzeichnung des OECD-Abkommens durch die USA und Japan ist eine neue Situation in der internationalen Schiffbauindustrie entstanden. Die IG Metall hat in einer Erklärung das Zustandekommen des OECD-Abkommens als einen Beitrag zur Subventionsbegrenzung begrüßt. In diesem Zusammenhang hat die IG Metall allerdings auch auf die gravierenden Mängel des Rahmenabkommens hingewiesen, insbesondere sind 1/4 der Weltseeschiffbauende nicht einbezogen, Regelungen über Kapazitätsbegrenzungen fehlen und Ausnahmeregelungen erlauben eine Durchbrechung der Subventioneverbote.

Da dieser Schritt jetzt nicht zum 1.1.96 vollzogen worden ist, weist die IG Metall ausdrücklich darauf hin, daß es keinen einfließenden Ausweg aus Förderprogrammen für den West- wie Ostdeutschen Schiffbau in der Bundesrepublik geben

darf. Die Entscheidung auf EU-Ebene, die Weltwettbewerbsrichtlinie zu verstärken, ist mit der Stimme des deutschen Wirtschaftsministers getroffen worden. Wenn andere Staaten darauf reagieren, muß auch ein weiteres Weltwettbewerbsprogramm von Seiten der Bundesregierung für den deutschen Schiffbau aufgelegt werden, zu den gleichen Konditionen wie in den anderen europäischen Ländern, damit keine Wettbewerbsnachteile für den deutschen Industrie standort entstehen. In diesem Zusammenhang fordert die IG Metall ein Weltwettbewerbsprogramm für Schiffbauwerften und Umbauten von 360 Mio. DM. Davon 100 Mio. für Schiffsakquisitionen in 1996 und 260 Mio. für laufende Aufträge, die derzeit nicht werden können.

3. Über sogenannte Schiffsbetriebsmodelle finanzieren deutsche Steuerzahler derzeit den Bau von mehr als 270 Containerschiffen. Davon wird jedoch nur 1/3 der Neubauten auf inländischen Werften vom Stapel laufen. Den größten Nutzen der staatlichen Unterstützung von Schiffbauwerften durch die Bundesrepublik haben ausländische Schiffbaubetriebe. Gut 62% der so geförderten Aufträge gingen 1995 an Werften im Ausland. Mit 31% war die größte Schiffbaunaation der Welt Südkorea - zugleich Hauptnutznießer des deutschen Steuermodells für betriebliche Investoren. Auf Polen entfielen 28% der in Auftrag gegebenen Containertonnage. Konkret heißt das, Korea ist mit ca. 310 Mio. DM und Polen mit ca. 280 Mio. DM aus Gedem des deutschen Steuerzahlers subventioniert worden.

Zunehmend wird nicht nur in Wirtschafts- und Finanz- sondern auch in Tageszeitungen für darüber Finanzierungsmodelle geworben. Durch die legalen Steuereinsparungen ist der Anreiz so stark, daß eine wahre Neubauleine - vor allen Dingen im Containerschiffsektor - ausgedehnt wurde. Experten rechnen damit, daß die Reeder ihre Flotte von 1994 bis 1998 verdoppeln würden.

Aber im Jahre 1994 wurden rund 1,5 Milliarden DM in Schiffsbetriebsmodellen eingezahlt. Damit wurden 1994 Neubaufaute für 109 Seeschiffe mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 4 Milliarden DM ermöglicht. Allerdings kam bereits damals - mit 2,8 Milliarden DM - der Lowanteil des Auftragsvolumens den ausländischen Werften zugute. Gleichzeitig ging der Bundesrepublik rund 1 Milliarde DM an Steuereinnahmen verloren, um die Investoren ihre Steuerzahllungen kürzen konnten.

Bundesdeutsche Schiffbauwerften, die nach dem OECD-Abkommen das voraussichtliche Ende des Jahres 1996 in Kraft tritt, in Zukunft nicht mehr mit den bisherigen Wettbewerbsmodellen des Bundes rechnen können, profitieren immer weniger von dem mit deutschen Steuergeldern unterstützten Neubauboom. Während der Schiffbauogiant Korea seinen Anteil an den Aufträgen ständig weiter ausweitet, geht der prozentuale Anteil für deutsche Werften weiter zurück.

Potsdamer Appell: Dem Gedenken müssen Taten folgen!

NS-Justiz nicht verurteilt, die Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit warten noch immer auf die längst überfällige Rehabilitierung und Entschädigung

Der im folgenden dokumentierte Appell wurde am 17. Februar in Potsdam auf der Tagung „Vom Kaiserheer zur Bundeswehr“ von Ludwig Baumann (Wehrmachtsdeserteur und Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz), Manfred Messerschmidt und Dr. Otto Hennicke (beide Militärhistoriker) unterzeichnet und soll nach Sammlung weiterer Erstunterzeichner auch als offener Brief an den Deutschen Bundestag geschickt werden. Wer den Appell unterstützen will, wende sich an Lothar Eberhardt, c/o Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdiene und Militär, Oranienstraße 25, 10999 Berlin, Tel. 030-615005310/31, Fax 030-61500599.

In den letzten Wochen wurden in der Öffentlichkeit viele mahnende Worte zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gesprochen, geschrieben und kommentiert. Es besteht die Gefahr, daß der 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus die Öffentlichkeit in und außerhalb Deutschlands beruhigt und zur „Gedenkroutine“ verkommt, wenn diesen Worten keine politische Handlungen zugunsten der Opfer folgen.

Bis heute sind ganze Opfergruppen (Kriegsdienstverweigerer, Deserteure, deutsche und im Ausland lebende Zwangsarbeiter, Homosexuelle, sogenannte Asoziale, Euthanasie-Geschädigte, Psychiatrie-Opfer u.a.) von der gesetzlichen Leistung des Bundesentschädigungsgesetzes ausgegrenzt. Diese Opfergruppen haben kaum eine Lobby, finden kein politisches Gehör, bleiben mit ihren Forderungen nach Entschädigung und Rehabilitation alleine.

Wie ernst nehmen die Verantwortlichen ihre Verpflichtung, die längst überfällige moralische und rechtliche Anerkennung der Opfer umzusetzen?

Die Rolle der NS-Justiz kam in den offiziellen Reden zum Gedenktag am 27.1.1996 nicht zur Sprache.

Die NS-Terrorjustiz hat über 46.000 Todesurteile zu verantworten. Sie wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) als

„Blutjustiz“ bezeichnet. Bis heute ist von deutschen Gerichten kein einziger NS-Jurist rechtskräftig verurteilt worden. Von den etwa 3.000 NS-Militärjuristen wurden über 30.000 Todesurteile unterzeichnet, die mehr als 20.000 Menschen das Leben kosteten. Es waren dies Urteile u.a. wegen sogenannter „Wehrkraftzersetzung“, wegen Hoch- und Landesverrates, angeblicher Spionage, unterstellter Feindbegünstigung und Fahnenflucht. Die Urteile des „zivi-

recht und ihre Gerichte Terrorinstrumente der Nazi-Diktatur waren. Die Militärrichter haben massenhaft Todesurteile gefällt, ohne dazu gezwungen worden zu sein.

Kein Richter der Militärjustiz (Juristen und Offiziere) wurde nach dem Zweiten Weltkrieg verurteilt. In der bundesrepublikanischen Politik und Verwaltung kamen viele ehemalige Militärrichter wieder in höchste Positionen: z.B. der ehemalige Marinierichter und

der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes - wurden nachweisbar 1.189 Todesurteile ausgesprochen, von denen 1.049 vollstreckt wurden. (Zum Vergleich: Im Ersten Weltkrieg wurden 48 Soldaten auf Grund von Militärgerichtsurteilen hingerichtet.)

Vor dem Reichskriegsgericht wurden bis August 1944 zentral alle Verfahren gegen Kriegsdienstverweigerer geführt. Über 260 — wegen ihrer Überzeugung zum Tod verurteilt — wurden hingerichtet.

So wurden z.B. am 9. August 1943 zusammen mit Franz Jägerstätter 16 Kriegsdienstverweigerer im Zuchthaus Brandenburg geköpft.

Die angemessene Markierung der Orte der verbrecherischen Wehrmachtgerichtsbarkeit ist längst überfällig!

Wie wenig ernst das Gedenken von offizieller Seite genommen wird, zeigen die Auseinandersetzungen um die Anbringung der Gedenktafel im Sommer 1995 für den österreichischen Kriegsdienstverweigerer Franz Jägerstätter und um die Gedenktafel für alle Kriegsdienstverweigerer am Gebäude des ehemaligen Reichskriegsgericht 1989 in Berlin.

Wir fordern von den Verantwortlichen, daß dem Gedenktag politische Handlungen folgen, die über anerkennende Worte hinausgehen:

○ Unrechtserklärung aller Urteile der NS-Militärjustiz und der Sondergerichte durch den Bundestag.

○ Rehabilitierung der NS-Militärjustizopfer durch eine Erklärung des Bundestages (analog der Erklärung für Opfer des SED-Unrechts (1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz)).

○ Finanzielle Förderung der geschichtlichen und politischen Aufarbeitung der NS-Unrechtsjustiz

○ Entschädigung nach den Grundsätzen des Bundesentschädigungsgesetzes

○ Würdige Kennzeichnung (Gedenktafel, Denkmale etc.) aller Orte, einschließlich des Berliner Reichskriegsgerichts, als Orte des NS-Justizunrechts



Feier im Kriminalgericht Moabit zur Nazi-Zeit. Hitlertrüger Juristen blieben nach 1945 unbehaftigt. Bild-dokument aus: Neues Deutschland

len“ Volksgerichtshof führten in diesem Zeitraum zu 5.191 Exekutionen.

Die aktuelle Forschung beweist die Mittäterschaft der deutschen Wehrmacht beim Genozid an den europäischen Juden und bei anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Unbestritten ist, daß die Urteile der Militärjustiz institutionalisiertes Un-

Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Karl Filbinger, oder der ehemalige Militärjurist und Rektor der Universität Marburg, Erich Schwinge, Werner Hülle, Oberlandesgerichtspräsident in Oldenburg nach dem Krieg u.a.

Vom Reichskriegsgericht, dem höchsten Militärgericht - dort befindet sich heute das Berliner Kammergericht und

Für eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts

Demonstration in Hamburg am 16 März / PDS im Bundestag fordert Bundesregierung zu einer „Vermittlungsinitiative für eine politische Lösung in Kurdistan/Türkei“ auf

Unter den Forderungen „Frieden jetzt! Für die Beendigung des Krieges und ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des kurdischen und türkischen Volkes“ hat sich in Hamburg in den letzten Tagen eine Aktionseinheit gebildet, die auf der Grundlage des „Appells von Hannover“ zu einer Großdemonstration in Hamburg am 16. März aufruft. Die Aktionseinheit entstand auf Initiative des Kurdistan-Informationszentrums in Hamburg. Sie wird getragen u.a. von den Landesvorständen von PDS/Linken Liste und GAL (beide unterstützen die Demonstration einstimmig), von der DFG-VK, der GEW, dem kurdischen Studentenverband und dem AusländerInnenreferat im ASTA der Uni Hamburg. Die Bezirksdelegiertenkonferenz der ÖTV Homburg hat am 23. Februar ebenfalls beschlossen, den Aufruf zu unterstützen, und die Bezirksleitung ÖTV aufgefordert, sich an der Demonstration sowohl durch die Unterstützung des Aufrufs als auch fl-

nanziell zu beteiligen. Der Antrag wurde fast einstimmig angenommen.

Wenn die Demonstration in Hamburg nicht im letzten Augenblick noch von den Sicherheitsbehörden verboten wird, ist die Demonstration die erste Gelegenheit für die kurdische Exilbevölkerung in der BRD seit der Verkündung des einseitigen Waffenstillstands der PKK im Dezember letzten Jahres, ihrer Forderung nach einer politischen Lösung des Kurdistan-Konflikts öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Unter ausdrücklichem Bezug auf den Waffenstillstand der PKK und den „Appell von Hannover“ hat Ende letzter Woche die PDS im Bundestag einen Antrag an die Bundesregierung eingebracht. Darin heißt es u.a.

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Vermittlungsinitiative für eine politische Lösung in Kurdistan/Türkei zu ergreifen. Diese Initiative soll - die Beendigung des Krieges und die Entrümpfung des Konflikts

- die dauerhafte Sicherung der Menschenrechte

- die Anerkennung der kulturellen, politischen und sozialen Rechte der Kurden und Kurden auf der Basis des Völkerrechts.“

Dazu solle die Regierung mit allen Konfliktparteien Kontakt aufnehmen und zugleich auf europäischer Ebene für eine Vermittlungsinitiative werben. Unter Punkt 4 heißt es dann weiter in dem Antrag:

„Der Bundesinnenminister wird aufgefordert, die Verbote kurdischer Vereine und Publikationen sowie das Betätigungsverbot für die Auslandsorganisationen von PKK und ERNK in der Bundesrepublik Deutschland aufzuheben, das im Zusammenhang mit diesen Verboten eingezogene Sach- und Geldvermögen an ihre Eigentümer zurückzugeben und diejenigen Personen, die aufgrund dieser Verbote strafrechtlich verfolgt bzw. verurteilt wurden, zu rehabilitieren, zumindest zu amnestieren.“

Da der „Appell von Hannover“, auf den sich die PDS in ihrem Antrag ausdrücklich bezieht, von inzwischen etwa 60 Abgeordneten des Bundestags, darunter auch zahlreiche Grüne und einzelne SPD-Abgeordnete, unterschrieben worden ist, besteht eine schwache Aussicht, daß dieser Antrag der PDS im Bundestag vielleicht einmal ausnahmsweise nicht der allgemeinen Mißachtung durch die anderen Parteien verfällt, sondern womöglich unterstützt wird. Eine weitere Beschlüffassung in den Gewerkschaften und Kontakte mit den örtlichen Bundestagsabgeordneten, in denen diese auf die Unterstützung des Appells angesprochen werden, könnte dabei sicher hilfreich sein. (rül)

Quellen: Lokalberichte Hamburg, 1.3.96; Unterstützungsankündigungen für die Hamburger Demonstration bitte richten an: Grüne/GAL-Bahrenfelder Str. 244, 22767 Hamburg, Tel. 040-391578, Fax 040-3904662. Infos gibts auch bei der PDS/Linken Liste, Tel. 040-3892164.



Kroatische Opposition gegen Tudjman

In Kroatien hat die oppositionelle sozial-liberale Partei (HSLS) heftige Vorwürfe gegen Präsident Tudjman (Bild) erhoben. Tudjman schränke die demokratischen Rechte ein, betreibe Personenkult und führe die Diktatur in Kroatien ein.

Sein Regierungsstil sei von Vetternwirtschaft und Korruption geprägt, wie er bei lateinamerikanischen Diktaturen üblich sei.

Konkreter Anlaß für die Attacken der Oppositionspartei ist die Auseinandersetzung um die Einsetzung des Bürgermeisters in der kroatischen Hauptstadt Zagreb. Tudjman, der gleichzeitig Vorsitzender der in Kroatien alleinherrschenden rechtsgerichteten HDZ ist, hatte bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr die Bestätigung eines Oppositionskandidaten im rechtmäßig erworbenen Amt des Bürgermeisters von Zagreb verweigert. Die Oppositionsparteien kritisieren, daß Tudjman damit den demokratischen Willen von fast 60 Prozent der Wählerschaft von Zagreb verhöhne.

Die vereinigte Opposition, die in Zagreb aus sieben Parteien besteht, hatte der HDZ bei den vergangenen Kommunal- und Bezirkswahlen in Zagreb eine vernichtende Niederlage beigebracht: Tudjman begründet sein Vorgehen damit, daß er es fürundenbar halte, daß in der Haupstadt die Opposition regiere, dies sei gegen die Interessen des Staates gerichtet.

Selbst der Europarat hat sich jetzt bemüht gefühlt, gegen das Gebaren von Tudjman mit einer Erklärung zu protestieren. (hav)

Türkei: Regierungschef nach Intervention der Militärs

Die Türkei wird in der nächsten Zeit von einer Rechtskoalition aus der berüchtigten Tansu Ciller und den in ihrer Partei bzw. Parlamentsfraktion versammelten Polizei- und Sicherheitschefs (wir berichteten) sowie der ebenso reaktionären Partei ANAP unter Mesut Yilmaz regiert. Mesut Yilmaz war schon einmal türkischer Regierungschef, im Jahr 1991. Damals gab er dem türkischen Militär schon einmal die Direktive, die kurdischen „Separatisten“ „auszurotten“. Der neue Regierungschef kam auf direkte Intervention des türkischen Militärs ins Amt, nachdem sich Tansu Ciller bis dahin hartnäckig geweigert hatte, Mesut Yilmaz in einer Koalition die erste Amtszeit als Regierungschef zuzugestehen.

Der neue Regierungschef kann auf eine solide Karriere zurückblicken. Nach dem Studium der Politik in Ankara und der Wirtschaftswissenschaften in Köln gründete er in der Türkei mehrere Unternehmen - u.a. gemeinsam mit deutschen Firmen. Nach dem Militärputsch 1980 wechselte er in die Politik und arbeitete dort eng mit Turgut Özal zusammen. Während der Studienzeit war er Mitglied der faschistischen „Grauen Wölfe“. Auch wegen seiner harten Haltung im Zypernkonflikt galt er schon immer als ein Mann des türkischen Militärs. (rül)

Über 250 Festnahmen, Schüsse auf Journalisten: Repression in Argentinien

Studentendemonstration in La Plata niedergeknüpfelt. Ein Bericht aus Montevideo, 25. Februar 1996

Mehr als 250 Festnahmen, zahlreiche Verletzte durch Polizeiknüppel und Gummigeschosse, Schüsse auf Kamerasleute des Fernsehens, eine verletzte Hebe Bonafini (Sprecherin der Madres de la Plaza de Mayo) und ein Provinzgouverneur, der den Polizeieinsatz rechtfertigt; dies ist die vorläufige Bilanz der Studentenproteste gegen das neue Hochschulgesetz in La Plata, Hauptstadt der Provinz Buenos Aires.

Protest gegen Studiengebühren und Änderung der Unistatuten

Alles begann am vergangenen Dienstag, den 20. Februar, als sich die Studenten in La Plata erneut versammelten, um gegen das „Gesetz für die höhere Bildung“ und die entsprechenden Veränderungen in den Unistatuten zu protestieren.

Die Möglichkeit zur Einführung von Studiengebühren und weniger Mitwirkungsmöglichkeiten in den Gremien der Universität und den höheren Schulen hatte Proteste bei Studenten, Professoren und zahlreichen Bildungsexperten in Argentinien ausgelöst. In der Provinzhauptstadt La Plata war die Veränderung der Unistatuten von den StudentInnen eine Woche zuvor durch eine Blockade des Sitzungsgebäudes verhindert worden.

Repression wie zu den Zeiten der Militärdiktatur

Am letzten Dienstag hatte die Polizei nun ihren gesamten Repressionsapparat aufgefahren. Bereits am morgen wurden auf der Straße 237 StudentInnen verhaftet und u.a. auch in ein Gebäude verfrachtet, das während der Militärdiktatur als berüchtigtes Folterzentrum gedient hatte. Mehrere hundert Menschen versammelten sich daraufhin vor dem Gebäude der Infanterieabteilung der Polizei, um die Freilassung der Gefangenen zu fordern.

Gegen zehn Uhr morgens begann die brutale Repression, die an die Zeit der Militärdiktatur erinnerte und von den Medien live in die Wohnzimmer der ArgentinierInnen übertragen wurde. Tränengas, Knüppeleinsätze und gezielte Schüsse (Gummigeschosse) auf DemonstrantInnen, Pressefotografen und TV-Kameraleute.

Uniformierte Polizisten, Polizisten in Zivil, Polizeifahrzeuge ohne Nummernschild und gepanzerte Fahrzeuge, ausgetattet mit automatischen Gewehren und schweren Waffen, gingen gegen die Menge vor.

Knüppelhiebe auf den Kopf, Schüsse auf Journalisten

Hebe Bonafini, Sprecherin der Madres de la Plaza de Mayo, hatte versucht, mit einem TV-Team in das Polizeigebäude zu gelangen, um sich nach den Gefangenen zu erkundigen. Die Gruppe wurde gewaltsam wieder vor die Tür gesetzt. Hebe Bonafini erhielt einige Schläge mit dem Knüppel. Die Platzwunde am Kopf mußte im Krankenhaus genäht werden. Hernan Ramos, Kameramann vom Kanal 13, bekam sechs Schüsse (Gummigeschosse) aus kurzer Distanz ins Bein und befand

sich noch drei Tage später im Krankenhaus.

Am Nachmittag, als sich die Nachrichten über die Repression in der Provinzhauptstadt herumgesprochen hatten, strömten zahlreiche Familienangehörige zur Polizeikaserne, um Auskunft zu fordern über den Verbleib der verhafteten StudentInnen. Auch diese Kundgebung wurde massiv bedroht und gewaltsam aufgelöst.

In den frühen Morgenstunden des darauffolgenden Tages (Mittwoch) wurden die meisten Festgenommenen wieder freigelassen. Zuvor mußten sie ein Papier unterschreiben, in dem sie anerkennen, die Unruhen provoziert zu haben.

Drohungen nach der Repression. Die Opfer sind selber schuld!

Mehrere Journalisten, die über die Repression in La Plata berichtet hatten, erhielten massive Drohungen von der Regierung. Ein Funktionär des Wirtschaftsministeriums drohte z.B. damit, den Journalisten Joge Lanata aus dem Sender zu entfernen.

Eduardo Duhalde, Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Peronist mit viel Ambitionen auf den Karrieresprung in den Präsidentenpalast, verteidigte zunächst das Vorgehen der Polizei. Sein Sicherheitschef, Ex Richter Alberto Piotti, räumte allerdings ein, daß es zu einigen „Exzessen“ auf Seiten der Polizei gekommen sei.

Nachdem der Gouverneur über die Medien mit Filmmaterial über den Polizeieinsatz konfrontiert wurde, räumte auch er einige Ausrätsche der „Sicherheits“kräfte ein, stellte sich aber gleichzeitig hinter seine Polizeitruppe. Er machte die StudentInnen für die Gewalt verantwortlich und warf ihnen vor, daß sie die Polizeistation stürmen und einen Märtyrer aufbauen wollten. „Das Beste, um das zu verhindern ist, alle zu verhaften, nur so passiert den Leuten nichts und auch sonst nichts Schlimmes“, meinte Duhalde gegenüber der Presse.

Auch Polizeichef Pedro Kłodcyk sah keinen Anlaß zur (Selbst)-Kritik. Er gilt als enger Vertrauter von Gouverneur Duhalde und gleichzeitig als Nachfolgekandidat für den Sicherheitschef Piotti, falls dieser zu wichtigeren Aufgaben befördert wird. Beide zusammen sind jetzt vom Gouverneur mit der Untersuchung der Vorfälle betraut worden.

2.500 demonstrieren gegen die Repression

Am Mittwoch demonstrierten in La Plata ca. 2.500 Menschen gegen die Repression. Die Polizei hielt sich im Hintergrund und es kam zu keinen Zwischenfällen.

Die Madres de la Plaza de Mayo haben Anzeige erstattet, damit gegen die Verantwortlichen in der Polizeiführung ermittelt wird.

Die Oppositionsparteien, Studentenorganisationen und weite Teile der argentinischen Gesellschaft haben die Repression gegen die StudentInnen einhellig verurteilt.

Ein Gericht in Buenos Aires gab 24 Stunden nach dem brutalen Polizeieinsatz einer Klage gegen das „Gesetz für

die höhere Bildung“ recht und erklärte einige Artikel dieses umstrittenen Gesetzes als verfassungswidrig.

Schon wieder ein Mann von der Polizei erschossen

Einen weiteren Tag darauf wurde ein 36jähriger Mann in Buenos Aires von der Polizei erschossen, als er seine zweijährige Tochter in rasanter Fahrt im Taxi zur Notaufnahme ins Krankenhaus bringen wollte. Der Wagen wurde — wahrscheinlich wegen überhöhter Geschwindigkeit — von einer Funkstreife verfolgt. Die Polizisten schossen auf das Taxi. Roberto Roldan, Vater von neun Kindern, wurde tödlich getroffen.

Zunehmende Staatsgewalt gegen Minderheiten

Ähnliche Fälle kommen in Argentinien immer häufiger vor. Zumeist richtet sich die selektive Repression vor allem gegen Jugendliche und die sogenannten Minderheiten und Randgruppen (Obdachlose, Bettler, AusländerInnen, Drogenabhängige etc.) in der Gesellschaft. Menschen, die kaum Möglichkeiten haben, sich Gehör zu verschaffen.

Untersuchungen wegen solcher Fälle von Repression verlaufen darum auch in der Regel im Sande oder enden bestensfalls mit einer harmlosen Abmahnung der Polizisten.

Präsident Menem kann der Pressemutter über die Repression in der Provinz seines Parteifreundes Duhalde nicht sehr recht sein.

Mörder der Militärdiktatur werden enttarnt

Er bereitet gerade einen offiziellen Staatsbesuch in Frankreich vor und mußte bereits Fregattenkapitän Alfredo Astiz aus der Militärführung beurlauben, weil dieser von der französischen Regierung beschuldigt wird, für den Mord an zwei französischen Nonnen verantwortlich zu sein.

Alice Dumont und Leonie Duquet waren während der Militärdiktatur verschleppt und umgebracht worden. Astiz („der Todesengel“) war damals Mitglied der Aktionsgruppe 322 des berüchtigten Folterzentrums in der Mechanikerschule der Marine (ESMA). Er ist in Frankreich in Abwesenheit wegen Entführung und Folter verurteilt worden.

Astiz, der bis Januar ranghoher Militär der argentinischen Marine war, ist ebenfalls verantwortlich für den Mord an Dagmar Hagelin, sie war während der Militärdiktatur zunächst entführt und gefoltert worden.

Astiz hatte einer Freundin gegenüber zugegeben, die Schwedin persönlich durch einen Kopfschuß ermordet zu haben.

Die französische Regierung hatte zur Auflage von Menems Staatsbesuch gemacht, daß zuvor der berüchtigte Militär aus seinen Ämtern entfernt wird. (JUM)

Quellen: El Tribu FM; Buenos Aires, pagina 12, Red wamuni

(Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingesetzt.)

Wirtschaftliche und politische Interessen und Pläne im Vorderen Orient

Die aktuelle Situation und die Zukunftspläne imperialistischer Interessen / Mittelmeerkonferenz der EU / Groteske Apartheid-Pläne in und gegenüber Palästina

Ende November 1995 fand in Barcelona die sogenannte Mittelmeerkonferenz statt. Die Europäische Union hatte damit beabsichtigt, ihren Einfluß in der östlichen Mittelmeerregion zu verstärken, insbesondere soll eine gemeinsame Freihandelszone bis zum Jahr 2010 aufgebaut werden.

Die arabischen Interessen, hierin auch die landwirtschaftlichen Exporte einzubeziehen, scheiterten allerdings am Widerstand der EU-Ländern und Israels.

Insbesondere auf deutsche Anregung wurde insbesondere auch die Abschiebung sogen. illegaler MigrantInnen in die südlichen Mittelmeerländer (z.B. Algerien, Marokko, Tunesien etc.) in die gemeinsame Schlussresolution aufgenommen; ebenso der gemeinsame Kampf gegen den „islamischen Fundamentalismus“. Man sprach von einem „glücklichen Tag“, so der damalige Vorsitzende der Konferenz, Solanas, heute

*neuer NATO-Generalsekretär.
Im ersten Halbjahr 1997 will man sich wieder treffen. Auf einer Alternativ-Konferenz nicht-staatlicher Organisationen, die zeitgleich stattfand, wurde die Bunkermentalität der europäischen Staaten gegenüber ImmigrantInnen kritisiert.*

Die EU-Länder wollen 4,7 Milliarden ECU in die südlichen Mittelmeerländer investieren; unklar blieb auf der Konferenz allerdings, wie diese Gelder aufgeteilt werden und an welche Bedingungen die Vergabe geknüpft wird. 80 % der Gelder werden in den privatwirtschaftlichen Bereich gehen.

Soweit zu den offiziellen Erklärungen aus dieser Konferenz. Keine genauen Daten, eher Absichten — gebunden an politisches Wohlverhalten.

Dennoch fand diese Konferenz in einer politischen Situation statt, in der das Interesse der europäischen Politik mit dem us-amerikanischen Einfluß in der Region des mittleren Ostens konkurriert.

Parallel zu der Konferenz in Barcelona erscheint in der Zeitschrift „News from Within“ des alternativen Informationszentrums in Jerusalem ein Beitrag zur Thematik: „Der arabische Raum und die palästinensische Frage“, der hier auszugsweise wiedergegeben wird:

In der us-amerikanischen Zeitschrift *Newsweek* vom 30.10.95 wird eine neue Konzeption für die Konfliktzone im Mittleren Osten (middle east) vorgestellt; danach wollen König Hussein und die israelische Führung einen neuen strategischen Block zwischen Israel, Jordanien und selbst dem Iraq etablieren. Syrien sollte hierbei -selbst im Vergleich zum Iran- ausgeschlossen bleiben, da es sich bislang in den Verhandlungen z.B. um den Golan und die Ordnung im Libanon als äußerst störrisch gezeigt habe. Diese geplanten neuen Liniens sollen den arabischen Osten neu strukturieren und zugleich König Hussein als zentrale Figur in der Region begründen. Dieser erklärte in dem o.g. Artikel von *Newsweek*: „Ein neues Iraq ohne Saddam Hussein ist notwendig. Meine eigenen familialären Beziehungen zu diesem Land machen es erforderlich, daß ich der irakischen Bevölkerung mein Talent zur Verfügung stelle.“

Auch der einflußreiche AJC (eine US-Organisation zionistischer Vereine)

wurde von König Hussein schon über sein Vorhaben informiert; der Iraq solle entlang den ethnischen Linien dreiteilt werden: sunnitisch, schi'itisch und kurdisch. Auch mit Saddam Hussein soll dieser Plan schon abgesprochen sein, denn dies sei die einzige Möglichkeit, den Iraq zu erhalten, so äußert sich auch Robert Satloff vom Institut für Nah-Ost-Politik in Washington.

So soll also der weitere imperialistische Plan für die regionale Neuauftteilung aussehen, wenn es nach den USA geht.

Die europäische Romanze wird in dem Artikel bei *News from Within* wie folgt umschrieben:

Nitzan Horowitz, französischer Korrespondent der israelischen Zeitung *Ha'aretz* hatte schon ein Jahr zuvor

(9.8.94) berichtet, daß verschiedene europäische Kräfte auf die Anbahnung

Es kam ebenfalls reichlich unerwartet, daß 1994 in israelischen Zeitungen die Idee auftauchte, die Beziehungen zum Irak zu verbessern. Shmuel Toledano, der Experte für arabische Angelegenheiten, nannte in einem Artikel, der für einen Vertrag mit Saddam plädierte, den Irak eine der Optionen, um Syrien zu isolieren und Arafat zu stärken. (*Ha'aretz*, 5.8.95). Es fehlte lediglich ein Element: die Zustimmung der USA. Auch Jack Neria, der damalige Rabins Berater in Sachen „Terrorismus“, hatte formuliert: „Die arabische Welt öffnet sich gegenüber Israel, und dann ist es im nationalen Interesse Israels, die Beziehungen zum Irak zu normalisieren.“ (*Yediot Aharonot*, 14.12.94)

Auch im eigenen Interesse Israels sei es, sich einen Spielraum zwischen den europäischen und amerikanischen Interessen zu verschaffen.

schen Interessen sein," so Jack Neria, der damalige Berater von Rabin. Auch früher schon (24.7.93) hatte sich z.B. eine ägyptische Zeitung gefragt, ob — kaum glaublich — irakisches Öl etwa über Israel vermarktet würde? Zwar ist dies schwerlich vorstellbar, schon gar nicht gegen den Willen der USA. Aber eine Antwort könnte sich in dem o.g. Newsweek-Artikel finden. In Verbindung mit einer Lösung der Frage palästinensischer Flüchtlinge könnte Israel dem Iraq den Vorschlag machen, diese bei sich anzusiedeln. Zwar wird dies vom Mossad, dem israelischen Auslandsgeheimdienst, öffentlich als Quatsch und als ein Plan von 1948 dementiert, erscheiterte auch vorläufig an der Zustimmung der USA. Dennoch hatte dieser Mossad-Mann (Joseph Alper) zugleich einen anderen Plan wiederholt, der schon vor dem Golfkrieg aufkam: die PalästinenserInnen nach Jordanien zu deportieren.

Es wird allerdings angenommen, daß in diesem Fall der Plan mit der palästinensischen Führung abgesprochen wurde. Aus *Foreign Report* vom 30.3.94 kam man entnehmen, daß die Kontakte Israels mit dem Iraq über palästinensische Mittelsmänner funktionieren, so daß die PLO auch (zustimmender) Teil dieses Plans des ziemlich merkwürdigen „freiwilligen Transfers“ sein könnte (so wurde die Ansiedlung von palästinensischen Flüchtlingen im Iraq 1948 genannt).

Die PalästinenserInnen in der neuen Ordnung

Rückblende: die Probleme innerhalb der arabischen Welt machen es für die imperialistischen Interessen manchmal schwierig, dort sichere und verlässliche Partner zu haben. Spaltungen und jeweilige partikulare Interessen der arabischen Kompradoren-Regimes haben schon bislang zu Komplikationen z.B. beim ungehinderten Export von Öl geführt. Die eigene Schwäche der arabischen Regimes machen es wiederum schwierig, dem Imperialismus sichere Basen zur Verfügung zu stellen. Daher hatte damals der zionistische Staat Israel die Funktion, hier — mit Zustimmung der Sowjetunion — als ein Werkzeug für die fortgesetzte Kontrolle in der Region eingesetzt zu werden. Zugleich hatte Israel daraus seine Basisfunktion begründet, wenngleich seine Stärke auch aus dem Konsens und der inneren Stabilität der eigenen Kräfte im Kampf gegen die PalästinenserInnen entstand. Bis zur Intifada war Israel allein verantwortlich für die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung und natürlich auch beteiligt an der Überwachung der arabischen Länder. Die Intifada demonstrierte nun allerdings die Unmöglichkeit, diese Unterdrückung auf Dauer aufrechtzuerhalten und damit die Stabilität in der Region zu sichern. Hinzu kam, daß Israel von den USA im Golfkrieg gezwungen wurde, eine eher zuschauende Rolle einzunehmen und nicht seine eigene Sicherheit zu verteidigen. Die USA übernahmen hier endgültig die zentrale Aufgabe, die palästinensische Frage zu „lösen“ (Oslo-Abkommen).

Der Plan war, nunmehr eine Arbeits-
teilung mit der palästinensischen Bour-
geoisie herzustellen, um die Ordnung



Europäische Großmacht-Phantasien, größer noch als das Römische Reich: Diese Karte einer künftigen „euro-arabischen Freihandelszone des Jahres 2010“ veröffentlichte der Berliner „Tagesspiegel“ am 5.11.1995 im Zusammenhang mit der „Barcelona-Konferenz“ der EU mit den arabischen Staaten.

von Beziehungen zwischen Israel und Iraq hinarbeiten würden; hiermit könnte der Iraq Saddam Husseins seine Isolation überwinden. Insbesondere französische Konzerne wie Alpha und Total hätten damit die Absicht, sich in die strategischen Überlegungen der USA in der Region einzumischen. Den Iraq aus den Zwängen des Embargos zu befreien, würde zugleich den französischen Konzernen helfen, ihre 30 Mia. Franc offenen Rechnungen aus dem Irak zu erhalten. Zugleich solle damit der Schwäche des europäischen Imperialismus entgegnet werden, die dazu führte, daß sich bislang immer noch eine Allianz gegen den Iraq durchsetzen konnte. Deshalb sollen insbesondere NGO's unterstützt werden, die mehrheitlich von europäischen Interessen getragen sind, um hier eine „missionarische“ Arbeit, wie etwa in früheren Zeiten, zu praktizieren.

auch innerhalb Palästinas zu sichern.

In Kenntnis der israelischen Schwäche, die Palästina-Frage zu lösen, versuchen auch die USA, die Vereinigung und Konzentration der palästinensischen Flüchtlinge in den autonomen Regionen zu verhindern. Heute gibt es 3,5 Mio. PalästinenserInnen im historischen Palästina und 4,5 Mio. Israelis, und bei wachsender palästinensischer Population könnte das leicht zu einer Entzündung eines Kampfes wie in Südafrika führen. Daher ist die Fragmentierung und Zerstreuung der PalästinenserInnen ein Erfordernis, ebenso wie die Zersplitterung des Arabischen Osten eine Notwendigkeit für die stabile Kontrolle über die Region bleibt. Diese Aufgabe wurde im Oslo-Abkommen verbunden; die Konzentration der PalästinenserInnen in Jordanien ist keine wünschenswerte Option, damit könnte die regionale Stabilität in Gefahr geraten wie auch die Aufgabe, Israel überverhältnismäßig weiterhin zu stützen.

Unter dieser neuen Situation bekommt das Angebot von Saddam Hussein, sich an der Lösung des Palästinaproblems zu beteiligen, einen anderen Hintergrund. Der Iraq könnte damit zugleich seinen sunnitischen Bevölkerungsanteil der 22 Mio. Iraker stärken. Damit soll nicht allein eine Art Wiedergutmachung geleistet werden, sondern auch die Stellung Saddam Hussein gestärkt werden.

Diesem Plan widersprechen die USA bislang, weniger um den irakischen Chef nicht erneut in eine Schlüsselrolle zu befördern und damit eine späte Belohnung für einen auf eigene Rechnung arbeitenden Herrscher zu gewähren, als vielmehr deshalb, damit die Balance zwischen Europa, Japan nicht zu Ungunsten der USA ausgeht. Aus Gründen des derzeitigen Vorteils für die USA und gegen die starken Interessen Israels, ihn schnell umzusetzen, wurde das auf die Ära nach Saddam verschoben.

Die neue Ordnung innerhalb Palästinas.

Auch innerhalb des historischen Palästina weitert die USA ihre Rolle aus. Nach der Madrider Konferenz, die die bekannte Apartheid-Regelung brachte, und nach den Folgekonferenzen in Oslo, Kairo und Taba sollten deren Ergebnisse die Stabilisierung des israelischen Staates bringen.

Der mono-ethnische jüdische Staat ist nicht allein eine zionistische Erfindung, es ist auch die lokale Ebene der amerikanischen Strategen. Deutlich demonstriert wurden die amerikanischen Kapital-Interessen anlässlich der Beerdigung von Rabin: Hunderte von wirtschaftlichen und politischen Offizieren, die gesamte amerikanische heutige und frühere Führung waren anwesend, selbst der UNO-Generalsekretär. Damit sollte die eindeutige amerikanische Unterstützung für die bisherige israelische Strategie ausgedrückt werden: im Namen der Stabilität muß die Apartheid ausgedehnt werden.

Der Plan, die PalästinenserInnen in ein Bantustan zum Wohl der ethnischen Sauberkeit zu drücken, hat Israel nun, statt alleinig verantwortlich für die Ordnung zu sein, in die Rolle eines Partners und Katalysators der us-amerikanischen kapitalistischen Pläne gebracht. Schon im Okt. 1995 verkündete Clinton – gemäß Radio Kol Israel vom 16.10.95 – für die autonome palästinensische Region eine steuerfreie Zone und den freien Export von Waren direkt in die USA, insbesondere für industrielle Produkte, wie es dann auch zwischen den drei Ländern unterzeichnet worden ist. In der gleichen Zeit forderten die USA Israel auf, ihnen für landwirtschaftliche Güter freien Zugang zum israelischen Markt zu gewähren. Da es unwahr-

scheinlich ist, daß die USA einerseits landwirtschaftliche Güter aus Palästina einführen, um ähnliche Güter dann nach Israel zu exportieren und ebenso unwahrscheinlich ist, daß sich der Verkauf von steuerfreien Gütern aus den USA an die Bourgeoisie in Palästina rentiert, stellt sich die Frage, welches ist hier das US-Interesse?

Die einzige Ressource, die Palästina bietet, sind viele derzeit unbeschäftigte Arbeiter. Da diese vom israelischen Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, zugleich von ihrem beschlagnahmten Land vertrieben worden sind, wartet man seit langem auf die nächsten Schritte im Osloer Abkommen: Industrieparks in den autonomen Gebieten. Diese Parks werden mit Geld aus den USA gebaut und dazu benötigt man die palästinensische Arbeitskraft, israelische Konsultationen und paläst. Mittelemänner. Es gibt bereits einen exemplarischen Industriepark am Grenzübergang Erez; und so sollen auch andere Industriezonen entlang der neuen Grenzen eingerichtet werden. Man orientiert sich hier an den Vorstellungen der NAFTA in Nordamerika, wo es z.B. entlang der mexikanischen Grenze solche Parks gibt. So werden paläst. Arbeitskräfte nicht nur ausgebaut, sondern sie haben auch keine Möglichkeit, ihre Waren selbst zu kaufen, da diese in fernen Ländern versilbert werden.

Die Abschottungspolitik

Zunächst muß der Lebensstandard der palästinensischen Bevölkerung auf ein Minimum gesenkt werden, um sie zu billigen und willigen Arbeitskräften erziehen zu können. Gewerkschaften werden verboten sein – ausgenommen solche unter Billigung der Autonomiebehörde, was soviel heißt, daß sie kaum Rechte haben werden. Dazu bemüht sich Arafat schon jetzt, die freie Presse zu unterdrücken und an einer Gesetzgebung zu basteln, die keine unabhängige Organisation zulassen soll. Für die Überwachung werden zahlreiche Sicherheitskräfte zuständig sein. Die Abschottung ist damit ein Kernstück des Apartheid-Regimes. Zusammen mit der Landbeschlagnahmung und der zwangsweisen Integration der PalästinenserInnen in Bantustans wird die Abschottung der Schlüssel sein für die Isolierung der Bevölkerung innerhalb ihres eigenen Territoriums und der Trennung von ihren Landsleuten in Israel, wie aber auch von jeder anderen ökonomischen Quelle.

Die Abschottung begünstigt auch die Entlassung der wenigen Arbeiter in Israel, verstärkt die ökonomische Bedeutung der palästinensischen Autonomiebehörde gegenüber der Bevölkerung, ohne die Rolle Israels damit zu untergraben – zusätzlich zerstört es völlig die Mobilität und Vielfalt der Arbeitskraft.

Der nette Autonomievater gewährt dann die Gunst von monatlichen einigen Tagen Arbeit, um nicht am Hunger zu sterben. Aber die Abriegelung dient nicht nur allein der Preiskontrolle für Gemüse auf israelischen Märkten und der Überausbeutung der palästinensischen ArbeiterInnen. Sie dient auch der verschärften Proletarisierung der palästinensischen Kollektive, indem die selbständigen Landwirten in den Ruinen getrieben werden, die dann ihre leichtverderblichen Waren an den Straßenblockaden in die Bantustans verkaufen dürfen. Mit gespieltem Mitleid erklärte der israelische Experte für arabische Angelegenheiten, Guy Bichor, daß der palästinensische Wirtschaftsminister bereits über verfaulende Fruchttransporte geklagt habe, die von Israel angehalten worden waren. 3.000 Tonnen Guavas mußten vernichtet werden, da Israel der einzige Markt für diese Frucht ist. (Ha'aretz, 31.10.95)

scheinlich ist, daß die USA einerseits landwirtschaftliche Güter aus Palästina einführen, um ähnliche Güter dann nach Israel zu exportieren und ebenso unwahrscheinlich ist, daß sich der Verkauf von steuerfreien Gütern aus den USA an die Bourgeoisie in Palästina rentiert, stellt sich die Frage, welches ist hier das US-Interesse?



Palästinenser-Kinder im Gaza. In der „Neuen Ordnung“ des Westens ist ihnen der Status von billigsten Lohnsklaven in palästinensischen „Homelands“ zugedacht.

Ein anderes Ziel der Abriegelungen ist die Eliminierung der historischen Rolle der Städte in Palästina als sozio-kulturelle, wirtschaftliche und nationale Zentren für die umliegenden Gebiete. Es gibt bereits jetzt eine graduelle „Judaisierung“ der Jerusalemer Altstadt, indem z.B. dieser Stadtteil für die Bevölkerung aus der Westbank und der näheren Umgebung nicht mehr ohne weiteres zugänglich ist. Diese Abriegelung isoliert auch Nablus, Hebron und Ramallah, die regionale Zentren sind, damit wird auch die soziale Desintegration gefördert. Besonders in Hebron ist dies deutlich zu erkennen: die Innenstadt wurde von der israelischen Armee und den Siedlern besetzt. All dies soll die sozialen Strukturen das Rückgrat brechen und soll die palästinensische Gesellschaft so weit wie möglich zurückwerfen. Wie Tacitus schon sagte: „Man bringt überall Zerstörung und nennt es dann Frieden.“

Mit weiteren Möglichkeiten wird die Verarmung der Bevölkerung vorangetrieben. In einem Interview mit einem älteren Armee-Offizier in *Yediot Aharonot* (14.4.95) erläutert dieser: fast so gut wie die Durchführung von gewaltsamen Attacken gibt es Mittel wie die Verweigerung ökonomischer Rechte, und er nimmt an, daß sich dies auch noch mit dem Gesetz rechtfertigen ließe. Zerstörung der Häuser von sogen. Verdächtigen oder ihnen nahestehender Personen ist z.B. so ein Mittel: jedeR ist verdächtigt. Israel hat im Gefolge des Oslo II-Abkommen 2.700 Dunum Land beschlagnahmt, um Straßen für Siedler zu bauen, dies ausgerechnet in der fruchtbaren Weinbau-Zone bei Halhoul. In Turmus wurden 2.500 Dunum mit Olivenbäumen durch chemisches Gift zerstört (10 Dunum = 1 ha).

Seit der Madrider Konferenz, so hat ein Komitee zur Verteidigung des Landes bekanntgegeben, wurden 59.000

Dunum in der Westbank beschlagnahmt und 41.000 Bäume aus der Erde gerissen, darunter viele alte Olivenbäume. (Ha'aretz, 6.10.95) Das Verfahren, PalästinenserInnen in die autonomen Regionen zu pressen, schreitet voran. Die Beduinen von Jahalin, die seit 1950, nach der Vertreibung aus dem Negev, in der Region zwischen Jerusalem und Jericho lebten, werden nun in die „autonomen“ Gebiete gezwungen.

Die im Februar 1996 bekannt gewordenen „Sondierungsgespräche“ um einen aus Bantustans zusammengeflickten demilitarisierten palästinensischen Staat - unter Verbleib der meist zionistischen Siedlungen in den jetzigen Gebieten und einer exterritorialen Zone um die Grab- und Gebetsstätten in Jerusalem - passen ziemlich gut in diese Überlegungen. Das Ziel ist, soviel AraberInnen wie möglich aus der Region C, die gemäß Oslo-Abkommen unter direkter Kontrolle Israels verbleibt, zu vertreiben. Damit will man in den anstehenden Verhandlungen dieses Gebiet für sich „ethnisch säubern“ und vollständig annexieren.

Die PalästinenserInnen sind mit ihren Führern geschlagen und müssen nun für den „Neuen Mittleren Osten“ den Preis zahlen. Die neue Ordnung, von der israelischen Linken als „Friedensprozeß“ definiert und als „Frieden der Mutigen“ von Arafat – führt für die PalästinenserInnen einen neuen Sklavenstatus ein. Die Palästinafrage soll endgültig verschwinden – ob dies gelingt, ist eine andere Frage. Viel eher könnte sie auch die Aussichtslosigkeit dieser Pläne kennzeichnen: damit könnte eine neue Ära beginnen. Von nun an wird die Palästinafrage offenkundig zugleich eine Klassenfrage werden. Nationale und soziale Befreiung werden nur in einem gemeinsamen Kampf aller unterdrückten Massen des „Neuen Mittleren Ostens“ erzielt werden können. (CM)

Bleiben Republikaner im Landtag?

Auf 4% werden die REP in Baden-Württemberg geschätzt

Stuttgart. „Außer Spesen nichts gewesen“, ist der vorherrschende Eindruck über die vierjährige Anwesenheit der REPublikaner im Landtag. Ganz stimmt das nicht. Denn fleißig waren Schlierer, Trageiser, Deuschle und Mannschaft immer dann, wenn sie ihre rassistischen und nationalistischen Ergrüsse in Redebeiträgen, Anfragen oder gar Gesetzesvorlagen packen konnten. Hat es nach dem 24. März damit ein Ende? Noch liegen die REPs in Umfragen bei stabilen 4%. Noch immer finden ihre Hetzparolen Anklang und Beifall, wenn es gegen Asylbewerber und eingewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht.

Hätten die REPs vor vier Jahren recht gehabt, dann ginge es heute allen viel besser. Dann dürfte es weder die hohe Arbeitslosigkeit geben noch Wohnungsnot und auch keine Krise der Sozialversicherungen. Denn an allem Übel waren doch nach ihrer damaligen Lesart – wer erinnert sich schon an den letzten Landtagswahlkampf – die hohen Asylbewerberzahlen schuld. Das Asylrecht ist unter dem Jubel der REPs faktisch abgeschafft worden. Neue Flüchtlinge kommen kaum noch ins Land. Brutale Abschiebungen sind an der Tagesordnung. Die Arbeitslosigkeit hat sich nicht verringert. Die REPs zündeln trotzdem weiter. Mit Slogans wie „Asylbetrüger raus“ und „Verteidigung der deutschen Schule“ versuchen sie neue Pogromstimmungen zu initiieren. Zu rechtsextemen Gewalttätern halten die Saubermänner vornehm Abstand. Ausnahmen bestätigen gelegentlich die Regel: ein Fraktionsmitarbeiter der REPs war 1992 an einem Brandanschlag beteiligt. Einschlägig bekannte Wahlhelfer, etwa aus der verbotenen „Heimatfreuen Vereinigung“ (HVD), sind herzlich willkommen, wenn sie Bomberjacke und Springerstiefel gegen Nadelstreifenanzug und Aktenkoffer eintauschen.

„Wir sind doch nicht das Sozialamt der ganzen Welt“, hetzen die REPs und un-

terstellen, die deutsche Wirtschaft würde auf dem „Altar Europa“ geopfert. Früher waren es die Asylbewerber, heute sind es die bösen europäischen Nachbarn. Daß hiesiges Wirtschaften einen guten Anteil hat an weltweiter Armut, paßt nicht in ihr chauvinistisches Weltbild. Die Deutschen müßten sich endlich wehren gegen Eurowährung und das „Abzocken“ durch ärmerre Länder. Die demagogische Losung „Rettet die DM“ soll der Rechtspartei über die 5%-Hürde helfen. Daß die Landesregierung den REPs immer wieder in geduldiger Kollegialität vorrechnete, die BRD und insbesondere das Kapital im Ländle seien die eigentlichen Nutznießer der EU, hat bei der nationalreaktionären Landtagscrew bislang wenig gefruchtet. Fakten sind ihnen egal, wenn es um nationale Propaganda geht. Export ins Ausland ist o.k., läßt der selbsternannte Wirtschaftsexperte Schlierer in seinem Fraktionsinfo verlauten. Aber gegen Import hat er was. Das ist Nationalökonomie à la Schlierer. Zum Beispiel will er die Einfuhr ausländischer Pflanzen verbieten. Den Landtag beschäftigten die REPs ernsthaft mit dem Problem eines „Verdrängungsprozesses kultivierter deutscher Pflanzen durch außereuropäische Wildpflanzen“.

Gewerkschaftsfeindlich

„Einsparpotentiale aktivieren“, so buchstabiert Schlierer im Landtag seine Forderung nach mehr Sozialabbau. Auf Wahlveranstaltungen spielt er den Freund des „kleinen Mannes“, die „kleinen Frauen“ rechnet er als deren natürliches Anhängsel. Im Landtag fordert er eine härtere Gangart beim Abbau aller Unternehmens- und Kapitalsteuern. Die REPs wenden sich gegen Tarifregelungen und gewerkschaftliche Rechte, favorisieren statt dessen Modelle, die der „Arbeitsfront“ und den „Betriebsgemeinschaften“ der Nazis ähneln. Der DGB soll nach ihrem Willen nicht mehr

die Belange aller Beschäftigten vertreten, sondern nur die Arbeiter „deutschen Blutes“. Den Gedanken der internationalen Solidarität lehnen sie ab. Das „Soziale“ an ihrem „Sozialpatriotismus“ ist Lüge. Ihr Konzept für Arbeitsplätze schreiben sie bei den Unternehmerverbänden ab, versimpeln es und schütten ordentlich Rassismus dazu: Tarifrechte aushöhlen, Löhne senken, staatliches und kommunales Eigentum privatisieren, Steuergeschenke an die Reichen, Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose, ausländische Beschäftigte raus, ausländische Arbeitslose auch raus.

Schlagworte wie „Gesetzestreue“, „Recht und Ordnung“ oder „wir allein gegen die Mafia“ zieren die Plakate der REPs. Kriminalität wird mit statistischen Tricks allein den Ausländern in die Schuhe geschoben. Deutsche Namen wie Graf fallen nicht. Daß ein erheblicher Teil der Kleinkriminalität und Gewaltkriminalität etwas mit zunehmender Armut zu tun haben, ignorieren sie. Die volkswirtschaftlich bedeutenden Straftaten der Oberschicht, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung, sind für sie kein Thema.

Alte Kameraden und soße Nazis

Auf das Grundgesetz beziehen sich die REPs nur, wenn es um den „Erhalt des Abstammungsrechtes“ geht. Nur Menschen „deutschen Blutes“ sollen Staatsbürger sein dürfen. Ihr Programm ist eine einzige Kampfansage an den Gedanken der Gleichheit, an Grund- und Menschenrechte. Daß Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer Hautfarbe, ihrer Nationalität gleiche Rechte beanspruchen können, paßt nicht in ihr faschistoides Wertebild. Auch direkt antisemitische Töne klingen immer wieder an. Ihr langjähriger Vorsitzender Schönhuber war Mitglied der SS, einer verbrecherischen Organisation, und ist bis



heute stolz darauf. Die Landtagsfraktion der REPs verlangte das Verbot einer Bildausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht zwischen 1941 und 1944 in öffentlichen Räumen. NPD, DVU und die „Deutsche Liga“ kandidieren nicht. Der Landesvorsitzende Käs hält Kontakt zu dieser Szene. Über Mittelmänner und sogenannte „runde Tische“ gab es Absprachen. Die Kräfte sollen zumindest im Ländle, wo die REPs eine reale Chance haben, gebündelt werden. Ging es nach den Schlipps- und Kragen-Nazis Schlierer und Trageiser, würde die BRD umgestaltet in einen Obrigkeitsstaat. Ihr großes Vorbild ist Generalfeldmarschall von Hindenburg, jenes Überbleibsel der kaiserlichen Monarchie in der Weimarer Republik, der Hitler 1933 an die Macht brachte.

Keine Stimme den REPs!

REPs im Landtag sind nicht nur überflüssig, sie sind eine Bedrohung. Schon die Tatsache, daß Inländerinnen und Inländer aus anderen EU-Staaten das kommunale Wahlrecht erhalten, treibt ihnen deutschnationalen Schaum vor den Mund. Jede Stimme für diese Partei ist eine Stimme gegen die Menschenwürde und gegen ein gleichberechtigtes und demokratisches Zusammenleben. Sprechen Sie mit Ihren Verwandten, Freunden, Kolleginnen und Kollegen. Treten Sie rassistischer Wahlpropaganda entgegen: in Ihrer Tageszeitung, im Wohnviertel, an Ihrem Arbeitsplatz und nicht zuletzt am Stammstisch. (Bernhard Strasdt)

Duisburg. Am Samstag, den 2. März, hielt Manfred Rouhs von Der Deutschen Liga für Volk und Heimat unter Mitwirkung von Franz Schönhuber den ersten ruhrgebietsweiten Runden Tisch ab. Aus „Sicherheitsgründen“ wurden die BesucherInnen über einen Schleusungspunkt zum späteren Versammlungsort geleitet. Im Einladungsschreiben des „Förderkreis Bündnis Deutschland“ ist zu lesen: „Unnötiges Konkurrenzdenken sowie überflüssige Grabenkämpfe haben die demokratische Rechte geschwächt.“ Interessant aus diesem Zusammenschluß jedoch ist, daß der ehemalige Bundesvorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber, momentan genau die Nähe der Personen sucht, denen er während seiner Zeit bei den REPs noch den Empfangsguthalt abzuwenden bleibt, ob dieser Inhaltslos zusammenfluß von REP, NPD und Deutscher Liga auf Dauer stand haben kann und sie ihr, 1998 an den Bundestagswahlen teilnehmen, verwirklichen können. Haben Sie das Bild zeigen die Schlagzeilen einiger Artikel von Franz Schönhuber die dem rechten Blatt „Europa Vorn“ in den letzten Monaten geschrieben (rgel, Antifaschistische Nachrichten und Lokalberichte Köln)



Wahlkampf um Zuzugsbegrenzung für Aussiedler

Zuerst mußte Oskar Lafontaine ein Plakat der Südwest-SPD einstampfen lassen, das sich gegen die europäische Währungsunion richtete und den „Euro“ chauvinistisch mit Arbeitslosigkeit gleichsetzte. Dann einigten sich die SPD-Wahlkampfstrategen Lafontaine, Scharping und Spöri auf eine neue Südenbockkampagne und forderten Zuzugsstop für Aussiedler aus Osteuropa. Bislang gelten diese Immigranten als deutsche Staatsbürger, wenn ihre Vorfahren nachweislich irgendwann seit der Amtszeit von Zarina Katharina II in Russland siedelten und sich noch immer zum „deutschen Volkstum“ bekennen. Jährlich läßt die Bundesregierung in Absprache mit der SPD 220 000 sogenannte Russlanddeutsche ins Land. Im Gegensatz zu Zeiten des kalten Krieges aber betreibt die Bundesregierung eine gestalterische Volksgruppenpolitik und setzt immer wieder Druckmittel ein, um in Osteuropa deutsche Siedlungsräume zu schaffen. Da dies auf örtliche Widerstände stößt, bevorzugen viele Betroffene die Ausreise in die BRD. Die Aufnahme deutschstämmiger Migranten begründet der Staatssekretär Waffenschmidt (CDU) rassistisch. Diese Men-

schen seien anpassungsfähiger, arbeitswilliger und trügen zur Verjüngung der Bevölkerung bei. Bei soviel Deutschtum will die SPD nicht nachstehen und dreht den Spieß um. Das Bild vom „vollen Boot“ macht die Runde. Ein Unterschied zwischen Aussiedlern und anderen Einwanderern schadet schließlich dem Standort und wird obsolet. Ange-sichts von vier 4 Millionen Arbeitslosen will die SPD-Führung jeden Zuzug von außerhalb der EU stoppen. Hörbare Proteste gegen diesen schmutzigen Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen finden sich allenfalls bei FDP und Grünen.

Demonstrativen Beifall erhalten diese Parolen der SPD von ganz rechts. REP-Chef Schlierer könnte auf Spöris Schultern doch noch die 5%-Stange in Baden-Württemberg überklettern. Sein Fraktionskollege im Landtag Schaal bedankt sich über die Presse bei Scharping. Zwar verteidigen die REPs ausdrücklich deutschstämmige Zuwanderung; aber was schert das die rechtsextreme Klientel? Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und sogenanntes „ausländisches Sozialschmarotzertum“ ist in jedem Fall Wasser auf ihre Mühlen. „Russen raus“ ein echt volksgemeinschaftlicher Beitrag der SPD zum „Bündnis für Arbeit“ (Bernhard Strasdt)

Aber nicht für alle!?

Bericht über die Kommunalwahlen in Bayern

Augsburg. Bei den bayerischen Kommunalwahlen am 10. März werden zwei Einschränkungen wirken, die CSU durchgesetzt hat:

1. Durch die Festlegung, daß EU-Ausländer nur dann wählen können, wenn sie einen Antrag auf Eintrag ins Wählerverzeichnis stellen, wurde das neue Wahlrecht zur Farce. Nur wenige rangen sich dazu durch, die Unterschrift dafür abzugeben, daß ihr „Lebensmittelpunkt“ in der bayerischen Kommune liegt, zumal auch eine unkorrekte Angabe mit Strafe bedroht wurde. So können in Ingolstadt z.B. nur 14 %, in München 20 %, in Würzburg 21 %, in Nürnberg 26 % und in Augsburg 35 % der EU-Ausländer zur Wahl gehen. Innenminister Beckstein stimmt das munter, sieht er doch seine Behauptung bestätigt, daß die meisten Ausländer gar kein Interesse haben. Außerdem rechnet er sich aus, daß die nach seinen Regeln handelnden die CSU-Linie wählen. Dazu wird es weiter Streit geben. Der Schwabacher Ausländerbeirat hat einen Musterprozeß gegen das bayerische

Kommunalwahlgesetz angestrengt, mit dem er die Gleichbehandlung aller EU-Bürger durchsetzen will. Auch SPD und Grüne kündigten juristische Mittel an. Das politische Ziel, Wahlrecht für alle Einwohner, auch für Flüchtlinge, war im Wahlkampf kaum ein Thema.

2. Durch die Erhöhung der Zahl von Unterstützungsunterschriften für neue Wahlvorschläge können viele kleine Parteien nicht kandidieren. Inzwischen hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof eine Popularklage der Freien Bürger Union (FBU) dagegen abgewiesen. Der Gesetzgeber, so das Gericht, dürfe übermäßiger Stimmensplitterung entgegenwirken und damit im Ergebnis zur Bildung klarer Mehrheitsverhältnisse beitragen. Einschränkungen von Wahlvorschlägen seien gerechtfertigt, um nur Bewerber mit „hinreichend bekanntem politischen Gewicht“ zuzulassen. Weitere Sprüche in diese Richtung sind zu erwarten. Damit werden Fortschritte beim Volksentscheid auf dieser Mitwirkungsebene rückgängig gemacht. (baf)

CDU versteckt Schäuble

Veranstaltung im schleswig-holsteiner Norderstedt

Norderstedt. Anlässlich der am 24. März anstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein präsentierte die Norderstedter CDU am 12. Februar ihren Bundesfraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble im Parkhotel der Presse. Weniger allerdings der Öffentlichkeit, denn Schäuble live erleben konnte nur, wer sich zuvor telefonisch angemeldet hatte und bereit war, für das zweifelhafte Vergnügen einen „Zehner“ auszugeben. So fand der vorgezogene Höhepunkt des CDU-Wahlkampfes dann an jenem Montagmittag auch nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Erinnern wir uns: Es war der 15. September, als mit Peter Hintze zuletzt Unionsprominenz nach Norderstedt kam. Der CDU-Generalsekretär

machte damals während einer Wahlkampftour durch Schleswig-Holstein auch Station im Herold-Center und versuchte dort, gemeinsam mit seinen Norderstedter ParteikollegInnen Holger Hagemann und Heideltraud Peihs, eine Kundgebung abzuhalten. Doch schon bei Hintzes ersten Worten setzten derart frenetische Anfeuerungsrufe ein, daß der Generalsekretär nicht zu verstehen war. Von den rund 50 ZuhauerInnen waren etwa 30 bunt verkleidet, trugen CDU-Plakate mit der Aufschrift „CDU - Zukunft statt Linksfront“ und skandierten immer wieder den Namen des Geschmähten. Der gab schließlich nach 15 Minuten auf - erst später erschienen Polizeikräfte und drängten die „Hintze-Fans“ aus dem Center. (hel)

Massive Kritik an der Türkei-Berichterstattung der SZ

München. Angekündigt war eine Podiumsdiskussion zur Pressefreiheit in der Türkei unter dem Motto: Willfährige Schreiberlinge - verbotene Bücher - ermordete Journalisten - verhaftete Autoren. Etwa 150 interessierte, hauptsächlich türkischer und kurdischer Nationalität, kamen am Freitag, den 23. Februar zu der Diskussionsveranstaltung. Eingeladen hatten u.a. die GEW München, die IG Medien und die Münih Demokrasi Platformu (Münchner Demokratische Plattform), ein Zusammenschluß verschiedener türkischer und kurdischer linker Gruppierungen. Als Referenten standen Ragip Zarakolu, Schriftsteller und Verleger, und Memet Calli (Redakteur der Tageszeitung Evrensel) zur Verfügung, die Moderation übernahm Wolfgang Koydl, (Redakteur der SZ).

Ragip Zarakolu berichtete zunächst über die Situation der Presse in der Türkei, über die Staatsschutzparaphren, die bisher zu etwa 10000 Verfahren wegen Presseerzeugnissen führten. Eine Demokratisierung in der Türkei verneinte er, es habe lediglich kosmetische Änderungen gegeben, um eine Aufnahme in die Zollunion mit der EU zu erreichen.

Memet Calli unterschied in seinem Vortrag zwischen zwei Arten der türkischen Presse: Einmal die staatsstreue Presse, die in der Tat relativ große Freiheit genießt, und der kritischen, linken Presse, die vom türkischen Staat massiv bekämpft wird. So sei erst im Januar ein Journalist seiner Zeitung von der Polizei ermordet worden. Die Freiheit der Presse sei auch eine Frage der Klassenkämpfe, in der Türkei gebe es zu bestimmten Themen keine Pressefreiheit, also auch keine Informationsfreiheit. Er griff außerdem kritisch die Türkeiberichterstattung der SZ an, die keine objektive Berichterstattung leiste.

Herr Koydl meinte dazu, daß bis vor kurzem kein großes Interesse in der Bundesrepublik an der Türkei bestand, daß er schon eine Besserung der Verhältnisse in der Türkei sehe, und daß „Veränderungen Zeit brauchen“.

Nun sollten eigentlich Publikumsfragen zu den türkischen Verhältnissen an das Podium gestellt werden, dies ging jedoch an den Interessen des Publikums vorbei. Die meisten Anwesenden wußten aus eigener Erfahrung über diese Verhältnisse Bescheid, sie wollten vielmehr von Herrn Koydl eine Rechtfertigung für seine eigene Berichterstattung und die des Herrn Fabritius in der SZ. Es herrschte breite Einigkeit

Neue Anstöße für Antifa-Arbeit

18. antifaschistische Landeskongferenz NRW

Duisburg. Rund 150 Antifaschisten beteiligten sich an der 18. Landeskongferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW am 2.3.1996 in Duisburg, darunter viele jüngere Leute. Obwohl die Vorbereitung schwieriger war als bei vergangenen Kongferenzen, lag die Teilnehmerzahl deutlich höher als erwartet. Getragen wurde die Kongferenz von örtlichen antifaschistischen Zusammenschlüssen und Organisationen wie VVN-BdA, DDFD, DKP, PDS und dem Kreisverband Duisburg von Bündnis 90/Die Grünen. Stärker als früher waren auch die DFG-VK und die LandesschülerInnenvertretung eingestiegen.

Vor genau zwei Jahren fand die letzte antifaschistische Landeskongferenz NRW statt, zu Beginn des „Superwahljahres“ 1994. Seitdem hat sich viel verändert. Unter dem Motto „Wir lassen nicht locker“ sollte die 18. Landeskongferenz Raum dafür geben, über diese Veränderungen und über die Aufgaben antifaschistischer Arbeit zu diskutieren. Solche Diskussionen fanden auch statt, im Plenum und in neun Arbeitsgruppen. Sie konnten oft noch nicht zu konkreten Ergebnissen geführt werden. Viele Teilnehmer waren jedoch zufrieden, weil die Kongferenz neue Anstöße für antifaschistische Arbeit brachte.

Das Eröffnungsplenum war als Dialog mit den Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie dem DGB-Landesbezirk geplant. Der lockere Titel, bezogen auf die neue nordrhein-westfälische Landesregierung, die seit rund neun Monaten im Amt ist: „Was bringt rot-grün gegen schwarz-braun?“ Weil SPD und DGB abgesagt hatten, mußte jedoch umdisponiert werden. Im Podium saßen vor allem Kritiker der Landespolitik. Neben dem grünen Landtagsabgeordneten Hisham Hammad beteiligten sich Margret Müller (Flüchtlingsrat NRW), Ulrich Sander (VVN-BdA), Stefan Strack (Infoladen Wuppertal) und Hüseyin Avgan (DDF). Sowohl vom Podium als auch von den Teilnehmern wurden etliche Kritikpunkte an der Landespolitik vorgebracht. Themen waren die mangelnde

Umsetzung von Verboten gegen faschistische Organisationen, die Abschiebegefängnisse und die Förderung revanchistischer Landesmannschaften. Berichtet wurde über eine Strafanzeige des Infolades Wuppertal gegen einige Polizeibeamte im Zusammenhang mit der Tätigkeit des rechtsradikalen Verfassungsschutzspitzen Bernd Schmidt in Solingen. Hisham Hammad verwies auf einzelne Fortschritte, wie die Verdoppelung der Landesmittel für die Entschädigung von Opfern des Nazi-Regimes auf 4 Mio. DM in 1996, ermunterte aber ausdrücklich zur Kritik und sagte zu, sich um verschiedene Fragen zu kümmern.

Die anschließenden Arbeitsgruppen hatten Themen wie „Wie organisieren sich die Faschisten heute?“, „Runde Tische“ und andere Entwicklungen“, „Die Neue Rechte“, „Renaissance des Militarismus als Lehre aus dem Faschismus? Ziele deutscher Expansionspolitik auf dem Balkan“, „Zwei Jahre nach dem Asylkompromiß: Abschiebepraxis in NRW“ und „Rassismus und Faschismus an den Schulen. Was können wir tun?“.

Das Abschlußplenum beschloß einen Brief an die Landesregierung, in dem diese aufgefordert wird, eine Bundesratsinitiative gegen Abschiebegefängnisse einzuleiten. Ausdrücklich unterstützt wurden die Aufrufe zu den Ostermarschen im Ruhrgebiet und im Rheinland und der „Appell von Hannover“ für die Beendigung des Krieges in Kurdistan und gegen die Verfolgung von Kurden in der BRD. Acht Leute aus VVN-BdA, DFG-VK, DDFD, PDS und LandesschülerInnenvertretung erklärten sich bereit, in dem neu gebildeten Koordinationsausschuß der Konferenz mitzuwirken und dafür zu sorgen, daß spätestens Anfang 1997 die nächste Antifaschistische Landeskongferenz NRW stattfindet. (wof)



darüber, daß diese Berichterstattung oft Ereignisse verfälsche und teilweise auch gezielt antikurdische Hetze, z.B. gegen das kurdische Exilparlament oder kurdische Vereine in München betrieben werde.

Der Moderator war auf derart massive Angriffe nicht eingestellt, äußerte sich jedoch kaum zu den Vorwürfen, sondern kündigte an, daß er die Veranstaltung abbrechen werde, wenn jetzt nicht endlich „Fragen an das Podium“ gestellt würden.

Die Veranstalter hatten wohl auf ein größeres Interesse der deutschen Bevölkerung gehofft, was sich auch daran zeigte, daß nur vom Türkischen ins Deutsche übersetzt wurde. Dies wiederum wurde von vielen Anwesenden übel vermerkt. (wob)

Strafanzeige gegen Beamte des Staatsschutzes

Wuppertal. Auf einer Veranstaltung mit dem Titel „Staatsschutzlügen haben kurze Beine“ am 28.1.96 in Wuppertal wurde vom Bürgerkomitee c/o Infoladen Wuppertal, Brunnenstr. 41, eine Strafanzeige gegen die Beamten des Wuppertaler Staatsschutzes wegen Zu-

sammenarbeit mit neonazistischen Gruppen vorgestellt, die inzwischen der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf übergeben wurde. In der Mitteilung der Wuppertaler AntifaschistInnen dazu heißt es: „Am 30.1.1996, am 63. Jahrestag der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, werden wir diese Anzeige der zuständigen Staatsanwaltschaft von Düsseldorf übergeben. Parallel führen wir eine Unterschriftenaktion für die Strafanzeige in NRW durch, die nachgereicht wird. Mit dem Urteil im Solingen-Prozeß ist noch lange kein Schlussstrich unter die Affäre Bernd Schmitt gezogen. Die Verwicklung Wuppertaler Staatsschützer in Neonazistrukturen bedarf weiterhin der dringenden Aufklärung und Bestrafung der Verantwortlichen. In der Anzeige heißt es u.a.: „Nach den Aussagen zweier Wuppertaler Staatsschützer bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf müssen wir davon ausgehen, daß die Sicherheitsorgane in NRW: Wuppertaler Staatsschutz und Verfassungsschutz, zur Informationsgewinnung eine funktionierende Nazistruktur in Solingen-Gräfrath mit aufgebaut ... haben ... Die unterzeichnenden Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen bitten daher die zuständige Staatsanwaltschaft um Prüfung.“

Haushaltsskrise Berlin: „Keine Tabus“ bei den Ärmsten

Der neue Senat aus CDU & SPD schrekt vor nichts zurück / Widerstand bei PDS und Grünen

Gegenüber einem Artikel in der Ausgabe 26/95 dieser Zeitung, der von einem Sparvolumen von 24 Mrd. DM bis 1999 ausging, hat sich die Lage weiter zugespielt. Zum Redaktionsschluß dieser Zeitung tagte der Berliner Senat in einer „Spar-Klausur“ (vom 2. bis 4.3.), die über aktuelle Sparvorgaben 1996 und langfristige Haushaltssstruktur beschließen will. Wichtigen Vorhaben sind bekannt geworden.

Zur Ausgangslage: Durch Steuermindereinnahmen hat sich die Deckungslücke 1996 auf 5,3 Mrd. DM erhöht (bei bereits eingeplanter Nettokreditaufnahme von 6,1 Mrd.). Einschließlich bereits eingeplanter „pauschaler Minderausgaben“ (2,2 Mrd.), ein Gesamt-Sparvolumen von 7,5 Mrd. DM für 1996 (Gesamthaushalt 44,5 Mrd. DM). Bis 1999 wird nun eine Deckungslücke von 34 Mrd. DM (fast ein Jahreshaushalt) hochgerechnet.

Bereits im März will der Senat die Sparvorgaben an Verwaltungen und Bezirke (Nachtragshaushalt) sowie ein Haushaltssstrukturgesetz durchsetzen. Als unstrittig in der SPD-/CDU-Koalition gelten: Sparvorgaben von 1,1 Mrd. an die Bezirke, u.a. über Erhöhung der Kita-Beiträge (über 20%), Wegfall von Zuschüssen zu Schul- und Kitaessen. Weitgehender Wegfall der Lernmittelfreiheit. Schließung von Musikschulen und Erhöhung der Beiträge, ebenso bei

Volkshochschulen. Kostenpflichtige Benutzerausweise für öffentliche Bibliotheken. Reduzierung der Zuschüsse an Sozialstationen und Jugendeinrichtungen. Auf Landesebene: Einführung einer Getränkesteuer. Die Regelsätze der Sozialhilfe sollen eingefroren werden. Das Berliner Gesetz über Pflegeleistungen für Pflegebedürftige soll wegfallen.

Als strittig im Umfang bzw. Zeitpunkt gelten: Erhöhung der Gewerbesteuer von 340 auf 390 Punkte bereits 1997 statt 98 (durchschnittlichen Satz der anderen Großstädte 420 Punkte). Abbau der Studienplätze auf 100.000 oder weniger (derzeit, nach schon erfolgter Reduzierung: 120.000) und Schließung zahlreicher Studiengänge/Fachbereiche. 180

Mio. DM Einsparung bei den Universitätskliniken, was der Schließung eines der Häuser gleichkommt. Die Finanzsenatorin (SPD) will zusätzliche Personalreduzierungen im Öffentlichen Dienst

(17.300 Stellen bis 1999 sind bereits verloren) und eine zusätzliche Senkung der Personalkosten über Arbeitszeitreduzierung (ohne Einkommensausgleich) und Einfrieren der Gehälter ab gehobenem Dienst. Im Jugend- und Sozialbereich sollen weitere 1.800 ABM-Stellen wegfallen, was zahlreiche Projekte im Osten Berlins liquidiert. Investitionen und Privatisierungen: Neben dem Verkauf von Anteilen der Bankgesellschaft und BEWAG will die CDU die städtischen Wohnungsbaugesellschaften (600.000 Wohnungen) privatisieren. Die Förderung im Sozialen Wohnungsbau soll erheblich reduziert werden. Investitionen im Krankenhaus und Pflegebereich werden zusammengezogen, womit dringende Renovierungen in Ost-Einrichtungen verzögert werden.

PDS-Stadträte hatten zu den Sparvorgaben für „konsumtive Sachausgaben“ der Bezirke darauf hingewiesen, daß nach Abzug gesetzlich vorge-

schriebener Leistungen fast 50% der beeinflußbaren Ausgaben mit einem Schlag einzusparen sind. „Die Konsequenz wäre unvermeidlich die Schließung von Einrichtungen der bezirklichen und sozialen Infrastruktur und zwar in Größenordnungen.“

Auf einem Seminar Ende März bestimmten PDS-Abgeordnetenhausfraktion, Stadträte und Bezirksverbände ihr weiteres Vorgehen. So soll die Unterstützung des Widerstands gegen die Sparmaßnahmen, neben dem Offenlegen des Senatsdiktats, auch alternative Sparvorstellungen umfassen. Die PDS sieht Sparpotentiale bei öffentlichen Großbauprojekten, bei Konzessionsabventionen (z.B. Messe), Polizei/Verfassungsschutz und bei den Senatshauptverwaltungen. Ein alternativer Spar- und Einnahmeverbesserungskatalog soll den Senatsdruck auf Leistungen für Lohnabhängige und ärmste Bevölkerungsteile mildern. Grundsätzlich zielt die PDS auf eine verträgliche Haushaltssolidarisierung über einen längeren Zeitraum, der nicht mit dem Fusionstaatsvertrag (feste Grenzen der Nettokreditaufnahme) zu machen ist. PDS und Grüne fordern, daß vor der Abstimmung zur Fusion (am 5. Mai) eine langfristige Haushaltssplanung vorliegen muß. Bündnis 90/Grüne: „Es darf keinen erneuten Wahlbetrug bei der Volksabstimmung geben!“ (ard)



„Beweise“ per Folter kein Problem? Jeder Vierte ist ohne Arbeit

Erstaunliche Stellungnahme des Bonner Justizministeriums im Auslieferungsverfahren gegen B. Ramos Vega

Das Bundesjustizministerium hat seine Stellungnahme im Auslieferungsverfahren gegen den spanischen Staatsbürger Benjamin Ramos Vega abgegeben. Die Stellungnahme des Justizministeriums wurde vom Bundesverfassungsgericht angefordert, das zur Zeit die Verfassungsbeschwerde von Ramos Vega gegen die drohende Auslieferung prüft.

Ramos Vega sitzt mittlerweile seit über einem Jahr in Berlin-Moabit in Auslieferungshaft. (...) Die Verfassungsklage wurde eingereicht, nachdem das Berliner Kammergericht die Auslieferung von Ramos Vega Ende Dezember uneingeschränkt für zulässig erklärte. Sie richtet sich vor allem gegen die Verwendung der unter Folter erzwungenen Aussagen.

Das Verfassungsgericht wollte unter anderem wissen, wie das Schweigen des Kammergerichts zu der geltend gemachten politischen Verfolgung zu bewerten sei und wie die Verwertung von indirekt durch Folter erlangten Aussagen, insbesondere im Zusammenhang mit der Auslegung des Art. 15 der UN-Folterkonvention, auszulegen ist.

Hinsichtlich der Erläuterungen zu Art. 15 des UN-Übereinkommens gegen Folter ist die Stellungnahme des Justizministeriums nichtssagend. Es gäbe laut Justizministerium keine Anhaltpunkte dafür, daß mit diesem Artikel auch eine Regelung darüber getroffen werden sollte, wie mit Beweismitteln zu verfahren sei, die die Ermittlungsbehörden erst durch die unter Folter zu standegekommenen Aussagen erlangt haben. Diese Frage sei durch Art. 15 des Antifolterübereinkommens nicht geregelt. Die Verteidigung sieht gerade in der Verwendung dieser Ermittlungsergebnisse einen Verstoß gegen die internationale Anti-Folter-Konvention und

fordert, daß Ermittlungsergebnisse nicht verwandt werden dürfen, denen Aussagen zugrunde liegen, die auf Mißhandlungen zurückzuführen sind.

Bezüglich der politischen Verfolgung gab das Justizministerium laut Petra Schlagenhauf, Verteidigerin von Ramos Vega, in seinem Antwortschreiben vom 14. Februar auch nur unzureichende Antworten. Das Justizministerium beschränkte sich in seiner Stellungnahme lediglich auf die Frage, ob die Vorwürfe gegen Ramos Vega als politische Straftat zu betrachten seien, ging aber nicht darauf ein, welcher politischen Verfolgung Ramos Vega in Spanien im Falle einer Auslieferung ausgesetzt wäre. Die Verteidigung hat bis 4. März Gelegenheit, sich zum Schreiben des Justizministeriums zu äußern.

Der Fall Ramos Vega hat in der Bundesrepublik und in Spanien unterdessen einiges Aufsehen erregt und zu zahlreichen Protesten gegen die Auslieferung geführt. Mehrere Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen und PDS haben sich inzwischen an Justizminister Schmidt-Jortzig gewandt und ihn aufgefordert, einer Auslieferung von Ramos Vega nicht zuzustimmen.

Anfang Februar beschlossen belgische Justizbehörden, zwei Basken - Luis Moreno und Raquel - nicht an Spanien auszuliefern. Die beiden flüchteten bereits 1992 nach Belgien, nachdem ihnen von den spanischen Behörden vorgeworfen wurde, Sympathisanten der ETA zu sein und ein ETA-Kommando versteckt zu haben. Der belgische Gerichtshof hatte in einer Entscheidung anerkannt, daß die Basken in Spanien nicht mit einem rechtsstaatlichen Verfahren zu rechnen hätten und von Folter bedroht wären.

(H. Role Hilse Berlin) (gekürzt)

Die Deindustrialisierung im Osten geht weiter / Bericht aus dem thüringischen Ilmkreis / Entnommen aus: UNZ

Während die Bundesregierung vom „Aufschwung Ost“ faselt und die West-Presse ihr weithin von den kommenden „neuen Tigern im Osten“ nachplappert, schreitet in Wirklichkeit die Deindustrialisierung der neuen Bundesländer weiter fort. Die Maschinenfabrik SKET ist nur das spektakulärste Opfer der jüngsten Zeit. Wir dokumentieren einen Bericht aus der jüngsten Ausgabe der PDS-nahen Thüringer Zeitung UNZ („Unsere neue Zeitung, Linke Zeitung für Thüringen“).

Die Arbeitslosenstatistik des Arbeitsamtsbezirkes Arnstadt wies Ende Januar eine Quote von 25,2% aus — jeder 4. Erwerbsfähige des ehemaligen Landkreises war damit ohne Arbeit. Daß die Dunkelziffer höher liegt, muß nicht extra betont werden. Allein in der Kreisstadt sind 3.311 Einwohner arbeitslos.

In den ehemaligen Kreisen Arnstadt und Ilmenau wurde zu DDR-Zeiten beachtlich in die Industrie investiert. Chema Rudisleben, RFT Arnstadt, Gelenkwellenwerk Stadttilm, Glaswerk Ilmenau oder Porzellanwerk Ilmenau hatten einen guten Ruf im In- und Ausland. Vor allem wurde in den genannten Betrieben viel gebaut. Tausende Menschen fanden dadurch Arbeit.

In den beiden Ilmenauer Betrieben sind ein paar Hundert von ehemals einigen tausend Arbeitsplätzen geblieben. Noch schlimmer traf es die Industrie rund um Arnstadt. In der ehemaligen Chema Rudisleben haben von einst 2.200 Menschen noch 466 eine Arbeit. Wie viele es nach dem 30.6.1996 sein werden, weiß heute noch niemand, weil dann die nächste Entlassungswelle durch ist.

RFT Arnstadt hatte ehemals 3.200 Beschäftigte. Heute sind es noch 1.024. (aus: UNZ, Unsere Neue Zeitung, Linke Zeitung in Thüringen, Nr. 4/96)

Im Gelenkwellenwerk Stadttilm dürfen noch 219 von einst 1.800 arbeiten.

Bei Artas (Taschenlampen) sind von 200 noch 15 da, die Zukunft vom Ilmia (Sportschuhe) ist ungewiß, von den ursprünglich 420 Wellpappenwerkern sind noch 153 geblieben.

Tüchtig „zur Ader gelassen“ wurde auch das Möbelwerk, in dem heute 79 von ehemals 250 Beschäftigten Büromöbel herstellen.

Bei der Arnstädter Bau-Union, einem ehemaligen Betriebsteil des WBK Erfurt, stehen noch 219 von 560 Bauleuten in Lohn und Brot, was auf Grund der Konjunkturflaute im Bauwesen nicht besser werden wird.

Nach der Wende verschwanden u.a. die Bleikristallfabrik, das Wohraumleuchtenwerk Stadttilm, das Glaswerk Gräfenroda, die Felsenkeller-Brauerei, die Molkerei Arnstadt, das Lederwerk, sämtliche Mühlen, das Glimmstarterwerk und der ehemalige Kreisbaubetrieb. Daß dazu in Zukunft weitere Betriebe kommen werden, ist zu befürchten.

Trotzdem sieht unsere Landesregierung schon den „Aufschwung“! Und da sie auf den Mittelstand setzt, stellt sich die Frage, wie viele Unternehmen müssen gegründet werden, um allein die Menschen aufzufangen, die aus ihren ehemaligen - Betrieben rausgeflogen sind? Ganz zu schweigen von denen, die bis heute gar keine Arbeit hatten. Und das sind auch nicht wenige.

Arnstadt, genannt das Tor zum Thüringer Wald, könnte somit eines Tages auch „das Tor zum sozialen Abgrund“ heißen. Denn ein Silberstreif am Horizont ist weit und breit noch nicht zu sehen ...

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

ÖTV Stuttgart diskutiert über Tarifrunde 1996

Vor der Beschußfassung der großen Tarifkommission der ÖTV über die Höhe der diesjährigen Lohnforderung fand Mitte Februar eine Delegierten- und Vertrauensleutekonferenz des ÖTV-Kreises Stuttgart/Böblingen statt. Ziel war die Zusammenfassung der Lohndiskussion in den Betrieben und die Einigung auf ein Meinungsbild des Kreises. Aus den Bereichen der hochorganisierten Arbeiter von SSB und Müllwerkern war zu hören, daß für 2% mehr Lohn niemand streiken werde. Für viele wäre eine Absicherung der Arbeitsplätze wichtiger als eine Lohnerhöhung. Es wird befürchtet, daß der Drang zur Privatisierung bei Lohnsteigerungen zunimmt. Aus diesen Bereichen ist auch eine strikte Ablehnung von sog. sozialen Komponenten bei der Lohnforderung zu hören, wobei den anderen Delegierten nicht klar ist weshalb. Es wird als Argument immer vorgetragen, nur bei einer Prozentforderung würde der hohe Anteil an Zulagen die Höhe des Gesamtlohns positiv beeinflussen. Von Seiten der Gewerkschaftsführung wurde kein Versuch unternommen, hier einmal Klarheit zu schaffen, obwohl gerade in Zeiten knapper Kassen eine Festgeldforderung den unteren Lohngruppen am meisten bringen würde. Das Mehrheitsvotum der Versammlung war schließlich, sich für eine Lohnerhöhung von 6% mindestens 250 DM auszusprechen. - (mok)

ArbeitsplatzABBau: Angestellte setzen sich zur Wehr

1988, 1991, 1994, 1996 - ABB steht schon wieder für ArbeitsplatzABBau in Mannheim. Betriebsrat und die IG Metall befürchten aufgrund der neuesten Konzernplanungen den „ABBau“ von ca. 500 Arbeitsplätzen.

Bereits im Januar hatte der deutsche ABB-Chef, Michael Pohl, den jährlichen ABBau von 2000 Beschäftigten im deutschen Teilkonzern angekündigt. Die Produktivität solle pro Jahr um ca. 9% gesteigert werden. Der Vorschlag der IG Metall für ein bundesweites Bündnis für Arbeit interessiert diese internationalen Manager nicht im geringsten. Ange- sichts der knallharten Rationalisierungspolitik solcher Konzerne wird die mit diesem Vorschlag des IG-Metall-Vorsitzenden Zwischen verbundene Illusion in unsere Wirtschaftsordnung schnell deutlich.

Wie in den Jahren zuvor macht die Belegschaft bei ABB-Käfertal mobil und wehrt sich! Auf einer gutbesuchten außerordentlichen Betriebsversammlung am 16.2.96 machten gerade Frauen und Männer aus dem Bereich Gastturbinen, die wenigsten gewerkschaftlich organisiert, mit äußerst qualifizierten und sachkundigen Redebeiträgen auf die Gefahren des neuen Konzepts für Arbeitsplätze und die Zukunft des Standortes aufmerksam.

In der Diskussion wurde überzeugend nachgewiesen, daß die Belegschaft heute die Folge verfehlter Managementstrategien der letzten Jahre ausbaden darf. Den Äußerungen des Managements war zu entnehmen, daß auch Auswirkungen auf die Produktion in Käfertal, insbesondere die Gastturbinenmontage und den Großgeneratorenbau, zu erwarten sind. Somit zeichnet sich bereits ein weiterer ABBau für 1997 ab.

Die Betriebsversammlung wurde nachmittags durch den Betriebsrat unterbrochen, da von Seiten des Managements keine schlüssige Beantwortung

der aufgeworfenen Fragen erfolgte und dem Betriebsrat noch eine Reihe Wortmeldungen vorlagen.

Die Taktik des Konzerns, Beschäftigte und Betriebsräte durch die Schaffung von Tatsachen zu überrollen, ist erstmal nicht aufgegangen. Der weitere Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung in Mannheim-Käfertal muß jetzt aufgebaut werden. Es steht zu befürchten, daß der Belegschaft wieder harte Wochen mit Verhandlungen und Aktionen zur Sicherung von Arbeitsplätzen bevorstehen. (PES, Kommunal-Info Mannheim)

IG Metall bei Mercedes: Schluß mit der Erpressungspolitik!

Die IG Metall Verwaltungsstelle Esslingen rief in einem Flugblatt für den 5. März zu Protestaktionen im Mercedes-Werk Mettingen auf. 2000 Beschäftigte beteiligten sich (siehe Bild):

Seit Wochen verhandelt der Betriebsrat, um unsere Arbeitsplätze im Werk sicherer zu machen.

Die Werkleitung ist jedoch bis heute zu fairen Kompromissen nicht bereit. Sie bedroht Belegschaft und Betriebsrat mit dem Abbau von Arbeitsplätzen, wenn nicht jede Forderung der Firma erfüllt wird:

Samstag als Regellarbeitstag - ohne Freiwilligkeit, ohne Zuschläge!

Heute „nur“ in Gießerei und Schmiede, morgen in der Achsenproduktion, übermorgen für alle?!

Streichung der bezahlten 3-Schicht-Pause. Das heißt: Halbierung der Freischicht.

Konsequenz: Personalabbau in jeder 3-Schicht-Abteilung!

Gleichzeitig soll aber 3-Schicht überall massiv ausgeweitet werden.

Erholzeiten sollen nicht nur ange- rechnet werden, sondern ganz wegfallen - sogar an Fließbändern! Konsequenz: Personalabbau um 8% in der Produktion!

Neues Lohnsystem: die 105%-Absicherung soll weg, der Monatslohn soll zwischen 100 und 108% schwanken.

Im Gegenzug wird noch nicht einmal die Achsteilefertigung W203 (C-Klasse-Nachfolger) zugesagt!

Jetzt droht Vorstand und Werkleitung sogar mit der Ausgliederung der Gießerei!

Der Betriebsrat ist bereit zu Kompro- misse und hat bereits verschiedene Angebote gemacht.

Aber in jeder Verhandlung kommen von der Firma neue Forderungen und Drohungen auf den Tisch. Sie will nicht verhandeln, sondern nur diktieren. Sind wir eigentlich in einer Bananenrepublik? Das hat diese hart und hervorragend arbeitende Belegschaft nicht verdient! So eine Behandlung brauchen wir uns nicht gefallen lassen!

Deshalb: Heute 9 Uhr 30 Protestkundgebung vor dem Hochhaus!

Wir unterstützen unseren Betriebsrat in den heutigen Verhandlungen:

Keine Ausgliederung der Gießereien aus der Mercedes-Benz AG!

Schluß mit der Erpresserei - zurück zu fairen Verhandlungen!

Vorsicht, Herr Haug und Herr Werner: wir können auch anders!!

Für die Ausbildung nichts erreicht

DGB-Jugend kritisiert Vorstand wegen Bündnis für Arbeit

Folgende Resolution faßte die DGB-Landesjugendkonferenz Hessen am 10. Februar zum „Bündnis für Arbeit und Standortsicherung“ - Kanzlerunde am 23.1.96

Die Landesjugendkonferenz sieht das „Bündnis für Arbeit“ als gescheitert an, da die von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen und Rahmenbedingungen von der Bundesregierung und den Arbeitgeberverbänden nicht erfüllt wurden.

Am 9. Februar '96 beschloß der Bundestag mit Mehrheit die Kürzungen der Bemessungsgrundlage für die Arbeitslosenhilfe um jährlich 3%.

Die im Kanzlergespräch vom 23. Januar 1996 in einem sog. Konsenspapier getroffenen Verabredungen sind skandalös und nicht geeignet Ausbildungs- und Übernahmeprobleme zu lösen.

Wir stellen fest:

Lehrstellenversprechungen sind ein alter Hut. Bereits 1995 wurden Zusagen von Wirtschaft und Verwaltung nach einem Eingeständnis nicht eingehalten.

Daß über neue Berufsbilder verhandelt wird, ist selbstverständlich und geschieht ohnehin kontinuierlich.

Daß betriebliche Ausbildungsgänge außerbetrieblichen vorzuziehen sind, ist als Anspruch richtig. Dieser Anspruch entspricht jedoch nicht der Realität. Insbesondere in den neuen Bundesländern gibt es einen „2. Ausbildungsmarkt“, in dem bei untertariflicher Bezahlung und eingeschränkten Möglichkeiten der Interessenvertretung ausgebildet wird.

Daß „ausbildungshemmende“ Vorschriften abgebaut werden sollen, ist wohl zu verstehen als weitere Aushöh-

lung des JuASchG, Verschlechterung der Ausbildungsverordnung sowie bestehenden Bildungs- und Sonderurlaubsvorregelungen. Helfen wird es aber niemanden, wenn sich hierdurch die Qualität der Ausbildung verschlechtert.

Daß die Berufsschulen stärker an die Bedürfnisse der Betriebe angepaßt werden sollen, nährt die Befürchtung einer Annäherung an Arbeitgeberpositionen: - Reduzierung der Berufsschulzeit auf einen Tag pro Woche bzw. 9 Stunden, Konzentration auf das 1. Ausbildungsjahr.

Daß Ausbildung vor Übernahme geht, gefährdet bestehende tarifliche und betriebsverfassungsrechtliche Übernahmeregelungen und ignoriert, daß das Ausspielen von Jungen gegen Ätere im Betrieb dann kein Widerspruch ist, wenn z.B. Mehrarbeit begrenzt und Arbeitsverkürzung vorangetrieben wird, wie es der Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, gefordert hat.

Wir erwarten von der Spalte des DGB, daß hierzu ganz klar Position bezogen wird. Insbesondere warten wir darauf, daß das am 3.11.95 vorgestellte „Eckwertmodell“ der Umlagefinanzierung der Erstausbildung endlich auch vom Bundesvorstand beschlossen und entsprechend für seine Durchsetzung mobilisiert wird.

Wir erwarten von den zuständigen Tarifkommissionen der Einzelgewerkschaften, daß sie die realen Entwicklungen in Politik und Wirtschaft berücksichtigen und gegebenenfalls das „Bündnis für Arbeit“ für gescheitert erklären.

Die Delegierten halten an den bisherigen Forderungen zur Ausbildung und Übernahme fest und werden weitere Aktionen dazu durchführen.

Staatsanwalt durchsucht GdP

ÖTV-Richter und -Staatsanwälte: Strafprozeßordnung muß geändert werden!

Bei der Berliner Polizei gibt es seit einiger Zeit eine Reihe von Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte, weil diese angeblich Überstunden falsch deklariert hatten. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bot daraufhin ihren Mitgliedern Rechtsschutz und rechtliche Beratung an. In der zweiten Januarhälfte tauchte dann auf einmal Polizei in der GdP-Geschäftsstelle auf und beschlagnahmte die Akten der Rechtsschutzabteilung der Gewerkschaft - ein in der Geschichte der Gewerkschaften nach

1945 vermutlich bisher einmaliger Übergriff. Die Fachgruppe Richter und Staatsanwälte der ÖTV protestierte dagegen: Die Aktion offenbare „eine rechtsstaatlich bedenkliche Lücke in der Strafprozeßordnung. Das Vertrauensverhältnis zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und der Rechtsschutzstelle muß - soweit es um den arbeitsrechtlichen Bereich geht - dem gleichen Schutz wie bei der Beratung durch einen Rechtsanwalt unterstellt werden. Bei diesen ist eine Beschlagsnahme von

Akten aufgrund der Strafprozeßordnung ausgeschlossen. (...) Der gewerkschaftliche Rechtsschutz ist eine der Grundlagen, die die Gewerkschaften ihren Mitgliedern im Arbeitsleben bieten. Er wird ... faktisch ausgehöhlt, wenn die Mitglieder befürchten müssen, daß ihre dem Rechtsberater überlassenen Informationen durch mögliche Beschlagsnahme in einem Strafverfahren gegen sie verwendet werden können.“ Die ÖTV-Richter und Staatsanwälte fordern deshalb, ein entsprechendes Beschlagsnahmeverbot durch Änderung der Strafprozeßordnung (§§ 53, 97 StPO) aufzunehmen.

Quelle: ÖTV Berlin, Presseerklärung vom 30.1.96 - (rül)



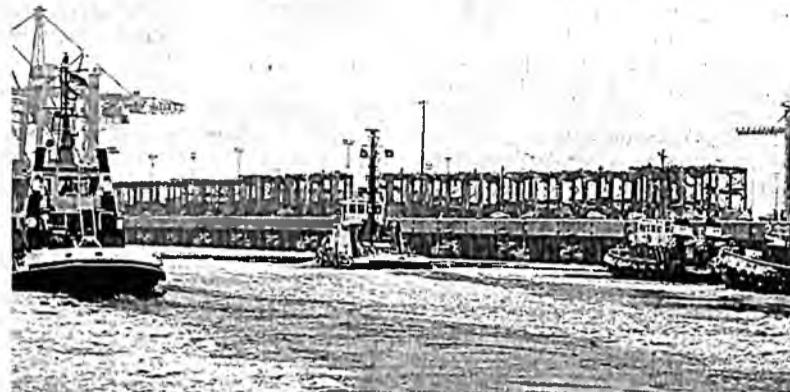
Kein Dreischichtbetrieb am Samstag, Forderung bei einer Protestkundgebung der IG Metall am 4. März bei Mercedes, Werk Mettingen

Wer am Montag ins Standorthorn bläst, braucht sich am Dienstag nicht wundern ...

Zum Kampf der Schlepper im Hamburger Hafen

Wer die Chronik unten gelesen hat, der kann eine Riesenwut auf diejenigen Funktionäre bekommen, die so vorschnell die Aktionen begraben haben. Dieser Tritt in die Kniekehlen unserer Schlepperkollegen ist unerträglich. Wer den Schlepperfahrern sagt, daß sie im Tarifgefüge der Hafenarbeiter nichts zu suchen hätten, der spuckt ihnen ins Gesicht. Es soll an dieser Stelle noch einmal daran erinnert werden, daß unsere Kumpels aus der Seeschiffssassizenz nicht nur vorbildlich organisiert sind, sondern in den vergangenen Jahren auch immer in vorderster Front gekämpft haben, wenn es darum ging, die Interessen der Hafenumschlagsarbeiter zu vertreten. Aber man darf bei dieser Kritik an einigen wenigen, allerdings einflußreichen Funktionären nicht stehenbleiben. Das Problem liegt tiefer. Das große Kniezittern begann in dem Moment, in dem die Arbeitgeber damit drohten, daß Linien und damit Arbeit abwandern. Mit der Angst um den Arbeitsplatz wird Politik gegen die Hafenarbeiter gemacht.

Wer am Montag in das Standorthorn bläst, der braucht sich am Dienstag nicht zu wundern, daß er auf fruchtbaren



3. Februar: Während des Anlegemanövers der von KOTUG geschleppten „Regina Maersk“ stoppten die Van-Carrier-Fahrer ihre Arbeit und stellten die Großgeräte in eine Protestreihe am Kai auf.

ren Boden trifft. Wer sich auf die Logik der Standortdebatte einläßt, der akzeptiert, daß deutsche Hafenarbeiter in Konkurrenz treten gegen niederländische oder belgische Kollegen, der akzeptiert, daß Bremer gegen Hamburger gehetzt werden, und der braucht sich auch nicht zu wundern, wenn Belegschaften innerhalb Hamburgs gegeneinander ausgespielt werden. Die konsequente Fortführung dieses Gedan-

kens mündet in einen Betriebssyndikalismus, der ausschließlich die Interessen der eigenen Belegschaft vertritt und dabei vergißt, wie wichtig der gemeinsame Kampf ist. Die Hafenarbeiter werden ihr Tarifwerk nur erfüllen können, wenn sie gemeinsam dafür eintreten. Wer sich bluffen läßt und jedesmal, wenn die Reeder winken, in die Knie geht, der hat den Anspruch verloren, Interessenvertreter für die Hafenarbeiter

zu sein. Die Reeder erzählen in jedem Hafen Europas das gleiche. Während sich die dänische Reederei in Hamburg bei den Umschlagsbetrieben darüber beschwert, daß die Kosten zu hoch sind, und damit droht, nach Rotterdam abzuwandern, spielt sie dort das gleiche Spiel. Die dänische Reederei Maersk ist der Auffassung, daß der Hafen Rotterdam im Containerumschlag zu teuer weil zu langsam ist. Das erklärte der Geschäftsführer von Maersk Nederland, Michael Hassing, anlässlich der ersten Ankunft eines neuen Megacarriers der Reederei in dem größten europäischen Port. Jeder, der sich einmal die anderen europäischen Häfen anschaut, der weiß, daß man nicht von heute auf morgen Linien verschieben kann, dafür sind die Umschlagskapazitäten überhaupt nicht vorhanden. Wenn die These von der Abwanderung stimmen würde, dann dürfte in Rotterdam oder Antwerpen heute kein Schiff mehr anlaufen, denn dort haben die Kollegen in den vergangenen Jahren des öfteren gestreikt. Das Standortargument ist der Knüppel der Kapitalisten, mit dem sich die Arbeiter selber auf die Birne kloppen.

Bernd Kamin

Chronik des Kampfes der Hamburger Schlepper

24.7.95: Die drei großen Firmengruppen HHLA, BUSS und EUROPKAU laden den Abteilungsvorstand der ÖTV zu einem Gespräch über die Anlaufkosten des Hamburger Hafens ein. Dort wird eine Studie vorgestellt, die im Auftrag der großen drei erstellt worden ist. Diese Studie kommt zu dem Schluß, daß insbesondere die Schleppkosten in Hamburg zu teuer sind. Aus ihrer Sicht müßten die Schleppreederei, die vorher mit den Ergebnissen konfrontiert worden sind, sich bewegen, sprich dafür sorgen, daß die Preise für die Reeder billiger werden. Sie weisen darauf hin, daß es auch denkbar wäre, daß sich andere Schleppreederei auf diesem Arbeitsmarkt bewerben könnten. Um die Container- und RoRo-Verkehre abzufertigen, würden 5 bis 6 Schlepper genügen.

Sept. 1995: Bereits im September kommt es zu einem Streit zwischen dem Schlepperkapitän Erwald Raap und dem stellv. Betriebsratsvorsitzenden der HHLA, Peter Reckewell. Er vertritt schon zu diesem Zeitpunkt die Position, daß die Schlepper eigentlich nichts im Tarifgefüge der Seehäfen zu suchen hätten. Was damals noch viele für einen schlechten Witz gehalten haben, wird nun bittere Gewißheit. Es ist zu vermuten, daß innerhalb der HHLA bereits bekannt war, was die Reeder in Absprache mit den Hafenunternehmen vorhaben.

1.1.96: Vier großmotorisierte Schlepper der niederländischen Reederei Kooren machen in Hamburg fest und brechen in diesen Arbeitsmarkt, indem sie die Preise um bis zu 40% unterblieben. Die Besetzungen sind langzeitarbeitslose Seeleute und Hafenarbeiter

aus dem Rostocker Raum, die froh sind, überhaupt Arbeit zu finden. Mit 12 namhaften Reedereien hat die Firma Kotug Verträge abgeschlossen. Es handelt sich durchweg um attraktive Aufträge. Innerhalb kurzer Zeit verlieren die Hamburger Schlepper fast 50% ihrer Aufträge.

15.1.96: Abteilungsvorstandssitzung der ÖTV-Hafen. Ohne einen einzigen Widerspruch (der BR-Vorsitzende der HHLA ist anwesend) wird beschlossen, daß die Hafenumschlagsarbeiter ihre Kollegen aus den Schleppbetrieben unterstützen werden. Der Abteilungsvorstand beschließt, an der Versammlung der ÖTV-Mitglieder aus den Schlepp- und Festmacherbetrieben am 18.1.96 teilzunehmen.

18.1.96: ÖTV-Mitgliederversammlung aller Beschäftigten aus den Schleppbetrieben und den Festmacherbetrieben im Gewerkschaftshaus. Der Raum reicht bei weitem nicht aus. Viele Hafenarbeiter sind gekommen, um an der Seite ihrer Kollegen ihre Solidarität zu bekunden. Funk, Fernsehen und schreibende Presse sind anwesend. Aus der Versammlung heraus wird beschlossen, die Kollegen auf den Koorenschleppern zu besuchen. Diese Aktion aller Hamburger Hafenschlepper mit der symbolischen Vertreibung der Koorenschlepper ging bundesweit durch die Medien.

22.1.96: Sondersitzung des Abteilungsvorstandes, um die bisherige Aktion auszuwerten und weitere Schritte festzulegen. Beschuß, eine offene Funktionärsversammlung durchzuführen.

30.1.96: Erste offene Funktionärsversammlung. Die Bude ist gerammelt voll. Zur Einstimmung wird ein Kurzvideo über die bisherigen Aktivitäten und Fernsehauftritte gezeigt. Neben den direkt betroffenen Kollegen sprechen Vertreter aus den Hafenbetrieben sowie aus der Seeschiffahrt, die bereits durch die Einführung des zweiten Schiffahrtsregisters einen Großteil ihrer Arbeitsplätze verloren haben. Besonderen Beifall erhält der Betriebsratsvorsitzende der Lufthansa, die

ähnliche Probleme haben. Die Versammlung beschließt einstimmig (HHLA-Kollegen inkl.), den Kampf weiterzuführen, und beauftragt den Abteilungsvorstand, einen Maßnahmenplan zu entwickeln, was auch noch am gleichen Abend geschieht.

31.1.96: Gespräch zwischen Arbeitgebervertretern und Arbeitnehmervertretern aus den Schleppbetrieben. Seitens der Arbeitgeber wird ein unakzeptables Angebot vorgelegt, das sich an den Arbeitsbedingungen der Kotugschlepper orientiert.

31.1.96: Fernsehdiskussion in der Hafischbar, an der Ewald Raap (L&R) und Uwe Schröder (ÖTV) teilnehmen. Es kommt zu einem spannungsgeladenen Streit zwischen einem Vertreter der Firma Kooren, dem Bürgermeister Voscherau und den Arbeitervertretern. Mit der lautstarken Unterstützung vieler Hafenarbeiter erläutert der Bürgermeister, warum er gegen die Billigbieter aus anderen europäischen Ländern ist.

3.2.96: Das größte Containerschiff der Welt, die „Regina Maersk“, kommt auf ihrer Jungfernreise nach Hamburg und läßt sich durch Kotug an den Burchardkai schleppen. Sie wird von den Hamburger Schleppern eingekreist. An der Kai hängen alle Brücken still, ca. 40 VCs stehen an der Kaimauer. Obwohl die Terminalleitung der HHLA versucht, die Kollegen mit Ablösungen einzuschüchtern, machen die Kollegen mit ihrer Aktion weiter. Es kommt zu einer mehrstündigen Verzögerung. Das Schiff läßt ca. 100 Container stehen, um den weiteren Fahrplan einhalten zu können. Auch diese Aktion ging durch die Presse.

5.2.96: Sitzung des Abteilungsvorstandes zur Ausweitung der Aktionen. Wie bei der HHLA ist es in der Zwischenzeit bei fast allen anderen Hafenbetrieben zu „Arbeit nach Vorschrift“ gekommen und die Abfertigung verzögert worden. So schreibt die DVZ („Deutsche Verkehrszeitung“) vom 8.2.: „Ebenfalls von Solidaraktionen der Hafenarbeiter betroffen war vergangene Woche ein Schiff der englischen Contship Containerlines“ (lag bei Eurokai; d. Red.).

6.2.96: Der HHLA-Vorstand schreibt an alle Mitarbeiter, daß weitere Aktionen dazu führen würden, daß Reedereien aus Hamburg abwandern, und weisen auf eine Presseerklärung der Maerskreederei hin. Der Betriebsratsvorsitzende der HHLA, Fred Timm, und sein Stellvertreter, Peter Reckewell, nehmen eine Unterschriftenbereich der HHLA entgegen, in der die ÖTV aufgefordert wird, alle die HHLA schädigenden Aktionen zu unterlassen, ansonsten würde es Austritte geben.

Die ÖTV und der Unternehmensverband verabreden ein Gespräch für Freitag, den 9.2.96, um zu sehen, ob es Möglichkeiten gibt, den Konflikt zu schlichten. Um die Gespräche nicht unnötig zu komplizieren, werden vorerst alle weiteren Kampfmaßnahmen ausgesetzt. In der Nacht treten Timm/Reckewell und andere vor die Belegschaft am Bu-kai und erklären die Aktionen an der HHLA für beendet, obwohl sie nur ausgesetzt sind.

7.2.96: In vielen Hamburger Hafenbetrieben kommt es zu verlängerten Pausenversammlungen, um dort über die bisherigen Aktivitäten zu berichten und zu diskutieren. Nach Aussage von teilnehmenden Kollegen an einer Pausenversammlung an CB 11/HHLA sind ca. 2/3 der Kumpels für Weiterführung der Aktionen.

8.2.96: In der DVZ wird der BR-Vorsitzende der HHLA, Fred Timm, zitiert: „Die Aktionen seien nicht mit der Basis abgestimmt gewesen“, wirft der HHLA-Betriebsratsvorsitzende Fred Timm der Hamburger ÖTV-Führung vor. Die große Mehrheit der HHLA-Beschäftigten habe angesichts der andauernden Arbeitsplatzverluste in den Umschlagsunternehmen für die Maßnahme „keinerlei Verständnis“. Wieso der BR-Vorsitzende meint, er vertrete von St. Annen aus die Basis, bleibt weiterhin im Ungewissen. Anscheinend erklärt die räumliche Nähe zum Vorstand den Blick für die wahren Zustände.

Französische Atomtests und deutsche Krieger

von Wolf Stammitz

Anfang Februar, eine Woche lang schien der Frieden in Europa vorerst gesichert. Unsere Jungs in Bosnien haben, soweit die Zensur nicht trügt, noch nicht einmal „zurückgeschossen“. Der Atombombentester Chirac hat sich nach seinem sechsten Test zu einem Friedensengel und Abrüstungspropheten geläutert, der nun auch für den allgemeinen Teststopp kämpft. Dem deutschen Bundeskanzler stand die Erleichterung förmlich ins Gesichts gemalt, als er seinem Bombenfreund zu dieser neuen Wendung gratulierte. Doch kaum konnte man sich endlich dem friedlichen europäischen Einigungswerk gewenden, da drangen neue schrille Alarmrufe über den Ärmelkanal ...

Der Kanzler droht mit Krieg“

So und ähnlich titelten englische Zeitungen am 3./4. Februar. Was war geschehen? Am Vortag hatte Kohl, anzuglicherweise auch noch auf belgischem Boden (der Herr liebt die historische Symbolik) die Völker Europas gewarnt, falls die europäische Einigung nicht wunschgemäß liefe, sei Krieg die Folge. Und hatte im selben Atemzug durch die Blume angedeutet, gegen wen gegebenfalls Krieg zu führen wäre: Das Tempo der Integration dürfe nicht vom langsamsten Schiff des Konvois bestimmt werden. Im Klartext: Wenn England bei seinen, zwei Wochen zuvor nochmals bekräftigten Vorbehalten gegen die Bonn/Frankfurter Europapläne bleibt, werde es abgehängt und zum Feind „Europas“ erklärt. Der außenpolitische Sprecher der CDU, Karl Lamers, legte am selben Wochenende im englischen Observer nach: Rikkind, der britische Außenminister, wolle „die EWWU torpedieren.“ (zit. nach Handelsblatt 5.2.96; EWWU = Europäische Wirtschafts- und Währungsunion)

Die kriegerische Sprache aus Bonn wie auch die helle Empörung in London darüber sind Ausdruck der sich zusätzenden Krise, in die die EU geraten ist. Der Verlauf dieser Krise offenbart, daß die Deutung der Kohlschen Warnung als *Drohung* keine üble Nachrede, sondern durchaus realistisch ist. Die Krise macht sichtbar, wie der deutsche Großmachtanspruch ökonomische Stärken nutzt, um den Kontinent auch politisch und militärisch unter sein Kommando zu bringen. Im Gerangel darum spielten die französischen Atomtest eine Schlüsselrolle.

Ende 1994 lief noch alles zur Zufriedenheit des deutschen Kapitals. Soeben war die 2. Stufe der Währungsunion in Kraft getreten, Bonn/Frankfurt hatte sich mit seinen Stabilitätskriterien ebenso durchgesetzt wie mit dem Fahrplan bis zur vollen Währungseinheit (1999 bzw. 2002), und auch mit dem zukünftigen Sitz der Europäischen Zentralbank in Frankfurt a. Main. Die Wirtschaft befand sich nach der zyklischen Krise vom Anfang der 90er Jahr wieder im Aufschwung. Nur die hohen, kaum rückläufigen Erwerbslosenzahlen lassen ahnen, daß gewisse Länder – Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, aber vielleicht auch England und Belgien – es schwer haben dürften, die Staatsschulden und die Inflation unter die Maastrichter Kriterien zu drücken, ohne ihre Wirtschaft zu erdrosseln. Das konnte der deutschen Vormacht nur recht sein, als Ausweg brachte die CDU-Bundestagsfraktion den Begriff „Kern-

europa“ ins Spiel, der zwar sofort in den meisten Staaten scharfe Proteste auslöste, aber im deutschen Politjargon hielt sich hartnäckig das Wort vom „Europa der zwei Geschwindigkeiten“. Ungeachtet dessen verständigten sich die Regierungschefs auf dem EU-Gipfel in Essen auf erste gemeinsame Schritte zur Ostexpansion – nachdem die CDU-Fraktion in jenem berüchtigten Europa-Papier aus Schäubles Feder, auf den Tag genau 55 Jahre nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen (rechte Deutsche scheinen alle einen Hang zu historischen Symbolik zu haben!) schon einmal deutlich geworden war: Wenn die europäische Osterweiterung nicht vorankäme, „könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die

vorschreiben. Die ökonomischen Oberlehrer Europas, Waigel und der Bundesbankchef Tietmeyer bestanden gnadenlos auf den Stabilitätskriterien, die zu diesem Zeitpunkt nur noch ganze zwei Länder in Europa erfüllten: Luxemburg und die BRD.

Gegen Ende 1995 aber mußten auch Waigel/Tietmeyer u. Cie die Hosen herunterlassen. Die „Schlankheitskur“ hat auch in der deutschen Wirtschaft die Konjunktur abgewürgt und dazu geführt, daß nun nicht einmal mehr die BRD die von ihr selbst erzwungenen Kriterien erreichen kann. Je düsterer die wirtschaftlichen Aussichten wurden, um so mehr drängt seit Mitte 1995 die Bundesregierung auf die politische und militärische Integration Europas. Für Juni 1996 hat sie die europäischen

Diese Bonner Ambitionen wurden nicht nur zum Knackpunkt der immer schärferen deutsch-britischen Kontroverse, sondern hier liegen auch entscheidende politische Motive der französischen Atomtests.

Über Europa zur Atommacht

Nach Bonner Vorstellungen soll die gemeinsame Eingreiftruppe ausdrücklich über Atomwaffen verfügen. Auf diesem Umweg hofft man endlich aus dem „atomaren Dilemma“ auszubrechen, das der BRD seit ihrer Gründung bis heute noch letzte machtpolitische Fesseln anlegt.

1954, im Rahmen der Pariser Verträge, erklärt Adenauer erstmals in von den Westmächten erzwungener Freiwilligkeit, „daß sich die Bundesrepublik verpflichtet ... Atomwaffen in ihrem Gebiet nicht herzustellen.“ (zit. nach M. Küntzel, Bonn und die Bombe, Frankfurt / New York 1992, S. 314) Dies Zugeständnis war nötig, damit Westdeutschland überhaupt wieder zu den Waffen greifen durfte. Kaum waren die alten Nazigeneralen neu eingekleidet, da zog es den Atom- und frischgebackenen Aufrüstungsminister Franz Joseph Strauß wie magisch auf das erste französische Atomtestgelände in der Sahara, und kein Jahr später hatte er ein Abkommen über eine deutsche Beteiligung am französischen Atomwaffenprogramm im Sack. Als 1960 die erste französische Atombombe explodierte, waren westdeutsche Experten an dem Versuch beteiligt. (1966 mußte die Bundesregierung selbst die deutsche Beteiligung zugeben. Seitdem war davon öffentlich nichts mehr zu hören, aber das beweist gar nichts.) Zwar löste de Gaulle den Vertrag nach seinem Amtsantritt wieder, aber die Taktik, die BRD mit der Rolle des Juniorpartners der französischen Atomwaffenentwicklung von eigener Bombenproduktion abzuhalten, behielten die französischen Regierungen fortan bei.

Mit oder ohne diese französische Entwicklungshilfe, spätestens seit 1972, wahrscheinlich schon 1969 bei der Unterzeichnung des Nicht-Verbreitungs-Vertrages (NVV, englisch Non-Proliferation-Treaty = NPT) war die „friedliche“ bundesdeutsche Nuklearindustrie so weit, daß sie im Krisenfall „binnen zwei bis drei Monaten A-Bomben in großer Stückzahl produzieren kann.“

(R. Held in einem Leitartikel der FAZ vom 16.8.79, zit. in Atombomben made in Germany? Köln 1986 S. 14; M. Küntzel aaO. S. 224: „Die ‚kritische‘ Zeit zum Bau einer Bombe aus dem Plutonium einer WAA wurde 1970 von der IAEA mit zehn Tagen bemessen.“ Daß genau darauf das westdeutsche Atomenergieprogramm abzielte, erklärte offen z.B. D. Mahncke, ehem. Staatssekretär im MMVg, in: Nuklearare Mitwirkung, Berlin 1972, s.52: „Der Ausbau einer leistungsfähigen zivilen Nuklearindustrie (mit den sich daraus ergebenden militärischen Alternativen) ist schon vor der tatsächlichen Herstellung von Atomwaffen von Bedeutung; denn die Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen wird das Interesse der bestehenden Kernwaffenstaaten, der Entstehung einer weiteren unabhängigen nuklearen Macht mit kollektiven Mitteln vorzubeugen, beträchtlich steigern. Die technische und wirtschaftliche Fähigkeit zur Herstellung nuklearer Waffen hat also einen gewissen diplomatischen Wert. Sie ist im Fall der Bundesrepublik vorhanden.“

Der ehemalige BW-General und Präsident Fortsetzung Seite 14

Szenen einer Mobilmachung

Aus Bildberichten süddeutscher Tageszeitungen, 1995/1996, mit Original-Bildunterschriften



Bild links:
„Neue Lage: Ein Major der Nationalen Volksarmee muß das Grundgesetz studieren, um sich auf den Dienst in der Bundeswehr vorzubereiten.“

Bild rechts:
„Im Gelände gibt es keine Schonung: Die Ausbildung von Soldatinnen unterscheidet sich kaum von der männlicher Rekruten.“



Bild links:
„Bischof Dammerz unter dem Soldatenkäppi. Mit Anton Zitt aus Füssen tauschte Bischof Dammerz das Käppi, als er gestern in Augsburg mit 500 deutschen und amerikanischen Soldaten den Weltfriedenstag beginnt. Wer den Frieden wolle, müsse die Würde des Menschen verteidigen, sagte er.“

Stabilisierung des östlichen Europa allein und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen.“ (zit. nach H.R. Minow, Rede über die dritte deutsche Katastrophe, in: Streitbarer Materialismus 20, München 1996, S.8.)

Mitte 1995, nach der Präsidentenwahl in Frankreich, ergab ein erster Kassensturz, daß die lahmende Konsumgüternachfrage (infolge des Drucks auf die Masseneinkommen) riesige Löcher in die Steuereinnahmen riß und den staatlichen Sanierungskurs à la Maastricht ernsthaft gefährdet. Vor der Wahl hatte Chirac den Wählern eine 100 Milliarden Francs schwere „Schlacht gegen Arbeitslosigkeit und Armut“ versprochen. Die erwies sich nur als warme Luft. Die im Wahlkampf angekündigte „massive Senkung der Sozialabgaben auf Niedriglöhne“ wurden auf St. Nimmerlein verschoben. Stattdessen erhöhte die Regierung Juppé die Steuern, darunter die Mehrwertsteuer. Dennoch drohte nach 1994 auch 1995 die Neuverschuldung des Staates doppelt so hoch auszufallen, wie die Maastrichtkriterien

Regierungschefs auf die Aufnahme konkreter Verhandlungen über eine „gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP oder „Maastricht II“) festgegelt. Ihre wichtigsten Verhandlungsziele:

- Militärisch will sie eine gemeinsame Streitmacht der WEU (Westeuropäischen Union aus 10 Staaten), später der ganzen EU, als „europäischen Pfeiler der NATO“ installieren, die zur Wahrung spezifisch „europäischer Interessen“ auch unabhängig von den USA weltweit als „Krisenreaktionskräfte“ eingreifen soll.
- Politisch will sie die einheitliche Außen- und „Sicherheits“politik durchsetzen, indem das bisher geltende Konsensprinzip abgelöst wird durch das Prinzip für alle verbindlicher Mehrheitsbeschlüsse, wobei sie darauf spekuliert, daß diejenigen EU-Staaten, die sehr weitgehend von der D-Mark abhängen, insbesondere nach der anstehenden Osterweiterung der EU, ihr jederzeit zu gewünschten Mehrheiten verhelfen müßten.

dent der Clausewitz-Gesellschaft, L. Domröse in der „Europäischen Wehrkunde“ 2/89:

„Jede Überlegung zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, auch jede Strategie hat die Existenz von Nuklearwaffen oder die Möglichkeit einzubeziehen, Nuklearwaffen mit Beginn eines Krieges zu produzieren.“

Wenn bundesdeutsche Politiker sich heute gern als glühendste Vorkämpfer der Nichtverbreitung von Atomwaffen hinstellen, verschweigen sie sowohl diese Tatsache als auch, daß alle deutschen Regierungen von Adenauer über Willy Brandt bis Helmut Schmidt in den diplomatischen Kulissen alles getan haben, um den NVV zu hinterreiben, zu verwässern, seine Kontrollen zu durchlöchern und schließlich ihre Unterschrift so lange zu verzögern, bis drei Bedingungen erfüllt waren:

- Der NVV bindet die Unterzeichnerstaaten nur in Friedenszeiten, im Krisenfall kann die BRD jederzeit durch einfache einseitige Erklärung aussteigen und Bomben brauen;
- er behindert in kleinerster Weise die westdeutsche Produktion und Lagerung waffengräider Kernbrennstoffe, insbesondere von Plutonium;
- ein künftiger europäischer Bundesstaat übernimmt den Status einer ihm beitretenen Atommach („europäische Option“)

Die Ratifizierung des Vertrags in der BRD zog sich wegen des Streits um die Kontrollmechanismen bis 1975 hin. (Zu diesem ganzen Komplex sehr ausführlich: M. Küntzel, Bonn und die Bombe, aaO.) einem derart kastrierten Vertrag konnte die Kohlregierung im Mai letzten Jahres scheinheilig lächelnd den Segen unbefristeter Verlängerung erteilen.

Ebenso unbeschwert konnte sie 1990 im 2+4 Vertrag zur deutschen Einheit den „Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen bekräftigen.“ (zit. nach Küntzel, aaO. S. 330) Denn auch dieser Verzicht gilt ausschließlich für einen deutschen Alleingang und nicht für die „europäische Option“, auf die die Bundesregierung längst zielstrebig hinarbeitete.

Ein anderes Mal sah Paris sich veranlaßt, zur Taktik der Ablenkung durch Einbindung zu greifen, als die BRD 1988 die WAA (Wiederaufbereitungsanlage) in Wackersdorf baute, in der massenweise Waffenplutonium erzeugt werden sollte. Diesmal mußte man schon tiefer in die Tasche greifen, um die deutsche Atomlobby zur Aufgabe von Wackersdorf zu bewegen: Eine 49-Prozent-Beteiligung an der neuen französischen WAA in La Hague (UP3) bekam der deutsche Generalunternehmer von Wackersdorf, der Atom- und Stromgiant VEBA, nebst Sonderkonditionen für die Wiederaufarbeitung bundesdeutschen Atomschrotts; das dabei gewonnene Waffenplutonium steht im Bedarfsfall zur deutschen Verfügung. Darüber hinaus brachten hochrangige französische Politiker das Angebot ins Gespräch, französische HADES-Raketen mit nuklearen Sprengköpfen in der BRD zu stationieren und die Bundeswehr nach dem 2-Schlüssel-System zu beteiligen. Dahingehende Sondierungen wurden jedoch 1989 durch die Entwicklungen in der DDR und Osteuropa von der Tagesordnung abgesetzt.

Kann die französische Taktik den deutschen Griff nach der Bombe stoppen?

Wieder aufgegriffen hat solche Gedankenspiele nun der neue französische Präsident Chirac. Mit seinen Bombentests verfolgte er politisch eine dreifach Taktik. (Was den rein wissenschaftlichen Aspekt der Tests betrifft, waren sie Teil eines Modernisierungsprogram-

mes, das den technologischen Abstand zu den USA verringern sollte.) Natürlich, darauf wiesen auch die bürgerlichen Kommentare beiderseits des Rheins hin, wollte er von den inneren Schwierigkeiten ablenken, in welche die französische Wirtschaft durch ihre Unterordnung unter die Dominanz der D-Mark getrudelt ist. Ein ehemaliger Wahlhelfer Chiracs, der gaullistische Politologe Emmanuel Todd, erklärte dazu in einem Fernsehinterview während der Dezemberstreiks: „Die Wirtschaftspolitik Frankreichs hat nur ein Ziel, das ist die Stabilität des Verhältnisses des Franc zur D-Mark, und alles übrige soll sich daraus ergeben ... Ich weiß übrigens durchaus nicht, ob man sagen kann, daß Frankreich noch eine eigene Währung hat. Man könnte sagen, daß der Franc so etwas wie eine CFA-Mark geworden ist.“ (CFA-Franc hieß die frühere Kolonialwährung in den französischen Kolonien W.S.).

Und auf die Frage, ob die Kriterien von Maastricht dabei seien, Frankreich zu ersticken, fuhr er fort:

„Sie sind dabei, die französische Gesellschaft explodieren zu lassen, sie sind dabei, eine beinahe revolutionäre Situation zu schaffen, und wenn man noch etwas vom Zustand dieses Landes bewahren will, muß man auf diese Konvergenzkriterien verzichten, muß man die europäische Frage flachlegen.“ (zit. nach UZ 22.12.95)

Daß Chiracs innenpolitisches Ablenkungsmanöver schiefging, bezeugten die Dezemberstreiks.

Zu anderen wollte er im Vorfeld der anstehenden Verhandlungen über Maastricht II (siehe oben) dem Bonner Drängen einen Schuß vor den Bug setzen und daran erinnern, wer hier militärpolitisch und strategisch auf wen angewiesen ist. Daß ihm das gelungen sein dürfte, zeigte die – wie wir sahen heuchlerische – Schelte des Kanzlers.

Drittens erneuerte er zugleich das Angebot, den nuklearen „Schutzhelm“ der Force de frappe über ganz Deutschland zu spannen und die Hardthöhe in die atomare Einsatzplanung einzubeziehen.

Die Bonner Reaktionen auf die Avance blieben kühl. Das hat einerseits mit der, nach Annexion der DDR und Bosneneinsatz „gewachsenen deutschen Verantwortung in der NATO“ zu tun, die die Bonner Kriege zu hochfliegenden Träumen über eine NATO-Erweiterung nach Osten unter deutscher „Schutzmacht“ animiert. Zugleich geht es der Nuklearstrategie der Hardthöhe in der Welt nach 1989 weniger um einen neuen Schutzhelm (jeder direkte Angriff auf die BRD fiele sowieso unter die Beistandsverpflichtung des NATO-Vertrages), sondern um ein eigenes Droh- und Eingreifpotential nach außen.

Schließlich wird der deutsche Imperialismus sich nicht mehr die der Rolle eines Juniorpartners abspeisen lassen, wenn er sich ganz Europa unterordnen kann. Die Taktik des Entgegenkommens wird ihn dabei nicht stoppen. Postwendend dreht Kohl den Spieß um, setzte sich an die Spitze der Proteste gegen die Tests und nutzte sie als weiteres Argument für eine „Europäisierung“ der französischen Atomwaffen. (So berichtigt der weltweite Zorn gegen die Tests war, – in Deutschland hat er sich, ob bewußt oder ohne es zu merken, vor den Karren großdeutscher Nuklearabteilungen spannen lassen, wenn er sich nicht mit gleicher Vehemenz gegen dieselbe wendete.)

Die Taktik des Appeasement hat deutschen Weltmachtwahn noch nie gestoppt, siehe München 1938. Das werden wir die Völker Europas nur schaffen mit einem klaren und unübergehbares Nein zum Europa unter deutscher Führung.

Wir sind gebrannte Kinder.



Frauentag,
8. März 1914

Aus: Anschläge
Politische
Plakate in
Deutschland
1900 - 1970,
Lizenzausgabe
für die
Büchergruppe
Gutenberg,
1981

ISBN
3-7632-1667-7

Heraus mit dem Frauenwahlrecht FRAUEN-TAG/ 8. MÄRZ 1914

Den Frauen, die als Arbeitnehmerinnen, Männer und Gemeindebürginnen ihre volle Pflicht erfüllen, die im Staat wie in der Gesellschaft ihre Stellung entrichen müssen, hat Deutungsvollste und radikalste Gefügung das volle Staatsbürgersrecht bis jetzt verweigert.
Dieses natürlich Menschenrecht zu erklären, mag der unschuldige, leise Wille jeder Frau, jeder Arbeitnehmerin sein. Hier darf es kein Rufen sein Wollen geben. Heraus daher alle, ihr Frauen und Mädchen in die aus!

Sonntag, den 8. März 1914 nachmittags 3 Uhr stattfinden

Öffentl. Frauen-Versammlungen

Die PDS: Modern und sozialistisch – warum dann auch noch feministisch?

Der Internationale Frauentag 1996 ist für uns aktueller Anlaß, uns mit dem erreichten Stand feministischer Politik und Programmatik in der PDS kritisch auseinanderzusetzen.

Da feministische Politik nicht als Ressort- sondern als Querschnittsaufgabe definiert wird, gerät hiermit der gesamte Zustand des emanzipatorischen Anspruchs der Partei ins Blickfeld.

Einbezogen in diese Betrachtung muß u.E. notwendigerweise der Wandlungsprozeß von der SED zur PDS werden. Eine Entwicklung, deren Intensität und Dynamik vor allem geprägt war von der Erkenntnis, daß die DDR maßgeblich an ihrem eigenen antiemanzipatorischen Sozialismusverständnis scheiterte. Dieser Umbruch besaß im Grund genommen kein inhaltliches Fundament, denn „die Dogmen des scheinwissenschaftlichen Marxismus-Leninismus brachen immer wieder durch oder wurden lediglich mit den Attributen modern, demokratisch und basisdemokratisch, ökologisch, feministisch verzerrt.“ (André Brie, Pressedienst 49/95, S.14)

Mit den Wahlerfolgen der PDS in den neuen Bundesländern sowie dem Einzug in den Deutschen Bundestag wurden die Probleme einer systemoppositionellen Partei im Parlamentarismus sowie in den neuen Bundesländern das Eingebunden-Sein in die Sachzwangsligik der Kommunalpolitik aktuell. Dies unter sich verschlechternden politischen und ökonomischen Bedingungen, die als Durchsetzung einer Neuauflage des „Manchesterkapitalismus“ bezeichnet werden müssen. Damit entstand eine Situation, in der die beginnenden

programmatische Debatte über den Charakter eines emanzipatorischen Sozialismus von den jeweils aktuellen Frauen des politischen Tagesgeschäfts überlagert wurden.

Nach wie vor steht die programmatische Absicherung des feministischen Anspruches erst am Anfang und die Vermittlung feministischer Positionen ist in allen Gliederungen der PDS abhängig vom Engagement einzelner Frauen, der AG Lisa und des AK Feministische Politik der Bundestagsgruppe.

Sehen wir uns den Leitantrag „Politische Aufgaben der PDS bis 1998“ an, bietet er sich folgend an, dieses Zustand zu verdeutlichen. Der politische Schwerpunkt der PDS soll die Bekämpfung der „Massenarbeitslosigkeit“ sowie die Umgestaltung des gesellschaftlichen Systems der Arbeit sein. Die aufmerksame Leserin – und auch der aufmerksame Leser – findet unter dem Thema Arbeit einen Halbsatz zu Frauen, nämlich „die Forderung nach mehr Arbeitsplätzen für Frauen.“ (Später, unter der Rubrik: „Selbstbestimmt leben“ kann mensch etwas mehr entdecken.)

Diese Vorgehensweise ist u.E. ein Ausdruck des Steckenbleibens in der „Eindimensionalität marxistischer Klassentheorie“ (Pierre Bourdieu) und der Tradition des Denkens, die „Frauenfrage“ nach wie vor lediglich als soziales Problem und nicht als politische Frage begreifen.

Diese Bezugnahme setzt zugleich eine Trennungslinie: Den Kern dieser Tradition bildete immer die männliche Arbeiterklasse. Ausgeblendet wurden die Arbeiterinnen und ihre spezifische

**Diskussionsbeitrag
von Gudrun Assmann
(AG Lisa) und Ulrike
Hentsches (Landes-
sprecherin Baden-
Württemberg) zum
Internationalen
Frauentag 1996**

Lisa

Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS

Situation, ebenso wie das „Geschlechterverhältnis“ innerhalb der Klasse.

Diese Ausblendungen betreffen auch die eigenständige politische Arbeit und Kultur der proletarischen Frauenbewegung.

Die Frage: „Wer gehört ans Bügelbrett?“ (Heidi Knake-Werner, Sonja Kiesbauer, Disput 3+6/94) problematisiert das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter gesellschaftlicher Arbeit.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die damit verbundene Zuweisung zu Beruf/Hausarbeit bestimmt das, was als männlich/weibliche Normalbiographie bekannt ist. Diese Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen lässt aus dem „kleinen Unterschied“ die großen Unterschiede werden.

Die damit einhergehende Benachteiligung und doppelte Ausbeutung von Frauen ist kein Überbau-Problem, sondern eine der zu lösenden Grundsatzfragen für einen sich erneuernden Sozialismus.

Die Forderung der PDS nach Einführung sozialer Grundsicherung ist in diesem Zusammenhang eine Chance, die „Normalität“ des Erwerbslebens und die damit verbundene geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zur Disposition zu stellen.

Damit ergibt sich auch die Möglichkeit, dem politischen-ideologischen Rollback sowie der Reaktivierung konservativer Familienideologie entgegenzuwirken.

Als weiteres Ziel nimmt sich die PDS die Gewinnung von Frauen vor. Der Realisierung dieses Wunsches steht nicht nur das Problem eines unzureichenden feministischen Profils entgegen, sondern auch die „herrschenden“ Organisations- und Politikstrukturen; auch uns vor allem im Westen. Diese sind von Männern dominiert und geprägt und durchaus als „traditionell“ zu bezeichnen.

Wir wollen Frauen nicht als Opfer stilisieren, aber patriarchale Sozialisation für Frauen bzw. Männer bedeutet nach wie vor unterschiedlicher Entfaltungsmöglichkeiten in dieser Gesellschaft.

Erschwerend kommt der geringe Frauenanteil, insbesondere im Westen hinzu, und deshalb entsteht für die meisten Frauen die Situation einer Einzelkämpferin mit entsprechender Beanspruchung.

Auch die männlich-West-Linke hat ihre Haltung gegenüber der „Frauenfrage“ als Nebenwiderspruch weitgehend noch nicht überwunden und sieht die Asymmetrie der Macht im „Geschlechterverhältnis“ nicht unbedingt als persönliches Dilemma an.

Bleibt uns an dieser Stelle nur festzustellen, Die PDS sieht bei der Bestimmung ihres sozialistischen Charakters noch eher am Anfang“ (A. Brie, Pressedienst, s.o.) und ist „ohne Feminismus noch lange keine moderne Partei“. (Christina Schenk, controvers 2/96; Links und feministisch)

Wir wünschen ALLEN trotzdem einen fröhlichen Internationalen Frauentag 1996 und weiterhin kämpferischen Mut - nicht nur am 8. März 1996.

TERMINE

9./10.3.: BWK-Bundeskonferenz in Köln.

10.3.: Kommunalwahlen in Bayern.

15. bis 17. März: Bundeskongress der AG Junge GenossInnen in und bei der PDS in der Martin-Niemöller-Gesamtschule in Bielefeld. Infos unter: PV der PDS - AG Junge GenossInnen, Kl. Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel. 030-24009419 oder 0211-358907.

16.3.: Jahreshauptversammlung des „Deutschen Friedensrat“ in Berlin, ab 19 Uhr im ND-Gebäude, Alt-Stralau 1, 10245 Berlin. Kontakt über: Deutscher Friedensrat, Bärbel Schindler-Sefkow, Platz der VN 7, 10249 Berlin, Tel./Fax 030-4265290.

23./24. März: Tagung der Kommunistischen Plattform der PDS in der Nydall-Schule, Berlin-Kreuzberg, u.a. über die Ergebnisse des Magdeburger Bundesparteitags.

24.3.: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Ba-Wü, Rheinland-Pfalz.

29.3.: In Turin beginnen die „Maastricht-Revisionsverhandlungen“

30./31.3.: Frühjahrs-Arbeitstreffen der KAZ-Fraktion des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KP im Raum Heidelberg. Thema: Wie weiter mit dem Wiederaufbau der KPD? Anmeldungen werden erbeten an die KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München. Unkostenbeitrag: 50 DM.

5. bis 8. April: OSTERMÄRSCHE:

6.4. München/Garching: „Atomwaffen und Militär abschaffen“, 12 Uhr Fahrt mit U6 nach Garching, 13 Uhr Auftakt in Garching, Maibaum, 14 Uhr Demo zum Atomforschungsreaktor FRM II, Kontakt: Münchner Friedensbüro, Isabellastr. 6, 80789 München, Tel./Fax: 089/2715917

8.4. Hamburg: „Politik entmilitarisieren: Abrüstung statt Umrüsten!“ Kontakt: Hamburger Forum, Renate Kirstein, Viehohweg 124b, 22455 Hamburg, Tel./Fax: 040/5513891

8.4. Köln: „Verantwortung übernehmen für den Frieden, nicht für den Krieg“, Auftakt: 11 Uhr in Nörvenich (Tornado-Flugplatz), Abschluß: 14-18 Uhr Bürgerzentrum, Kontakt: Ostermarsch Rheinland, Birgit Meier, Tel.: 0221/374531,

8.4. Nürnberg: Auftakt: Lorenzkirche, Kontakt: Nürnberger Friedensforum, c/o Hans-J. Patzelt, Wittelsbacher Str. 4a, 90475 Nürnberg Leipzig-Erfurt: „Friede auf Erden?“, Ostermarsch per Fahrrad in 2 Etappen von Leipzig über Jena nach Erfurt Abschluß: Henne 1-Kaserne (133. Transportbataillon), das Soldaten nach Ex-Jugoslawien entsendet). Beginn: 5. April, 9.00 Uhr Leipzig, Treffpunkt: Augustusplatz, 10.00 Uhr Abfahrt. Erfurt, 7. April, 17 Uhr: Abschlußveranstaltung in Erfurt (Kaserne), Kontakt: Ostermarsch Leipzig-Erfurt, Haus der Demokratie, Bernhard-Goering-Str. 152, 04277 Leipzig, Tel.: 0341/4777829

München: Ostermarsch draußen - Osterfriedenswanderung der Münchner BI für Frieden und Abrüstung (BIFA) in Landsberg/Lech, (Luftwaffenbasis), Kontakt: BIFA, Isabellastr. 6, 80798 München, Tel.: 089/181239 und Tel./Fax: 089/2715917

Ruhr: „Frieden jetzt!“ 6.4.: von Duisburg nach Oberhausen zu Fuß; 7.4.: von Essen nach Bochum per Rad; 8.4. von Bochum nach Dortmund zu Fuß, Ostermarsch Ruhr Komitee, c/o DFG/VK NRW, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, Tel.: 0231/818032, Fax: 0231/818031

6.4. Saarbrücken, Kontakt: Friedensforum Saar, Gerhard Moses, Peter-Eich-Str. 122, 66386 St. Ingbert, Tel.: 06894/2135

3.-5.5. Berlin: Tagung „Frieden denken - Frieden leben“ zum 25. Bestehen der Zeitschrift „Antimilitarismus informationen (ami), Kontakt: ami, Elssholzstr. 11, 10781 Berlin, Tel./Fax: 030/2151035

5.5.: Volksabstimmungen in Berlin und Brandenburg über die „Länderfusion“

8.-15.5. bundesweit: Aktionstage „Bundesrepublik ohne Armee“, Kontakt: DFG/VK Bayern, Alte Allee 48, 81245 München, Tel.: 089/8342693, Fax: 089/8341518

16.-19.5. Heidelberg: 20. Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Kontakt: BuKo, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/393156, Fax: 040/3907520

1./2. Juni Braunschweig: Bundeskongress der

Einladung zum Seminar am 27./28. April 1996 „DER BÜRGER IST OUT - ES LEBE DER KUNDE“ - ROLBACK IN DEN KOMMUNEN

Wie setzen die Kommunen das von ihnen abverlangte „Neue Steuerungsmodell“ um, welche Rechte bleiben dem Stadtrat, welche Sicherheiten haben die freien Träger, welche Ansprüche kann die Einwohnerschaft überhaupt noch stellen und wie geht's dem Personal dabei? Mit dem Seminar der Redaktion „Informationsblatt Linke Kommunalpolitik“ sollen diese u.a. Fragen anhand konkreter Beispiele aus verschiedenen Städten

ausgewertet und ihre allgemeinen Hintergründe weiter aufgeklärt werden.

Sa 14 - So 14 Uhr im Hotel Hermannstein, Schnepfenthal, 62,00 DM für Übernachtung und Vollpension. Schriftl. Anmeldungen an: Redaktion Linke Kommunalpolitik, c/o GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz oder Bernhard Feuling, Paulstr. 13, 69469 Weinheim/Bergstraße

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN/Bda)

Juni: a.o. DGB-Jugendkongress, u.a. mit Beratung über den Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms.

1.6.: 4. Linkes Medienspektakel in Suhl (Thüringen). Kontakt: PDS Suhl, AG Linkes Mediensp., 98527 Suhl, Tel./Fax 03681-28562

3.6.: NATO-„Frühjahrstagung“ in Berlin.

7. bis 9.6.: FDP-Bundesparteitag in Karlsruhe mit Beschuß über das neue Grundsatzprogramm

10.6. Präsidentschaftswahlen in Rußland

14.-16.6. Erfurt: Kommunalpolitischer Kongress von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

14.-16.6. Ort noch unbekannt: Bundestreffen der Föderation der Gewaltfreien Aktionsgruppen (FÖGA), Kontakt: FÖGA, Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr. 6, 50733 Köln, 0221/765842, Fax 0221/765889

26./27.6.: „G-7-Gipfel“ in Lyon, Frankreich.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: *Arbeitskreis Politische Berichte*, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Bahneweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6 94 92 57, Fax: 030/6 94 94 54.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmalle 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31.

Hannover: GNN-Verlag, Elisabethstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/4 58 37 93

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/5 02 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04/6 57 11, Fax: 03 42 04/6 58 93.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Politische Berichte - zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- | | |
|---|-------------------------|
| <input type="checkbox"/> 4 Ausgaben für 10 Mark
(beilegen) zum Kennenlernen. | Name: |
| <input type="checkbox"/> im Halbjahres- / Jahresabo
(39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo) | Straße: |
| <input type="checkbox"/> im (Halbjahres)-Förderabo
(65,- DM je Einzelabo). | Postleitzahl/Ort: |
| <input type="checkbox"/> Halb- / Jahresabo für neue Länder
(26,- bzw. 52,- DM im Jahr) | Konto-Nr. /BLZ: |
| <input type="checkbox"/> Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen. | BankUnterschrift |

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Erinnerung an das KZ Kaufering-Landsberg

Lehrerin schrieb ein notwendiges Buch zur Landsberger NS-Geschichte

Barbara Fenner hat ihr Buch „Es konnte überall geschehen“ im Selbstverlag herausgebracht. Hat sie keinen regulären Verlag gefunden? Immerhin ist dieses notwendige Buch in einigen Augsburger Buchhandlungen erhältlich (DM 22,50).

KZ in Kaufering? Dachauer Spuren in Landsberg? Viele Jahre geriet man südlich von Augsburg mit der Obrigkeit heftig aneinander, wenn man so etwas sagte und schrieb. Die beharrliche Arbeit einer Bürgerinitiative und vieler anderer hat nun das erfreuliche Ergebnis gezeigt, daß eine Lehrerin die bisher zutage geförderten Kenntnisse und Belege in einem Buch zusammenfassen konnte. Sie hat dafür sogar etwas finanzielle Hilfe von der Stadt Landsberg und anderen Institutionen erhalten. Gedruckt wurde das Buch übrigens in dem Ge-



bäude, dessen Geschichte gleich das erste Buchkapitel bildet: der Justizvollzugsanstalt, in der Hitler seine „Festungshaft“ verbüßte.

Das Buch verdeutlicht die engen Bindungen der Stadt Landsberg an das Unrechtsregime der Nationalsozialisten sowie deren problematische Aufarbeitung bis heute. Es thematisiert den durch die Festungshaft Hitlers bedingten Aufstieg einer kleinen Stadt, außerdem die Geschichte des Gefängnisses, in dem prominente Gefangene inhaftiert waren, in dem aber auch die Umwandlung der Haftanstalt in das Kriegsverbrechergefängnis durch die US-Besatzungsmacht erfolgte.

Detailliert geht das Buch auf die Judenverfolgung in Deutschland und insbesondere im Landkreis Landsberg ein, beschreibt die bisher weitgehend unbekannten Konzentrationslager um Landsberg, in denen 30 000 KZ-Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten mußten und in denen mehr als 14 500 Menschen getötet wurden oder durch Hunger und Seuchen umkamen“, heißt es in einem Handzettel zum Buch.

Das Buch ist den Schülerinnen und Schülern der Autorin gewidmet, und das ist keine leere Floskel. Durchgängig wird der Versuch gemacht, das Material so aufzuarbeiten und darzustellen, daß es für Jugendliche interessant und verständlich ist. U.a. wird belegt, daß der Antisemitismus keine Erfindung von 1933 war, und es wird der Terror verdeutlicht, der dazu führte, daß Landsberg sich 1938 rühmte, „Judenrein“ zu sein.

55 Abbildungen in bemerkenswerter Qualität veranschaulichen, worum es

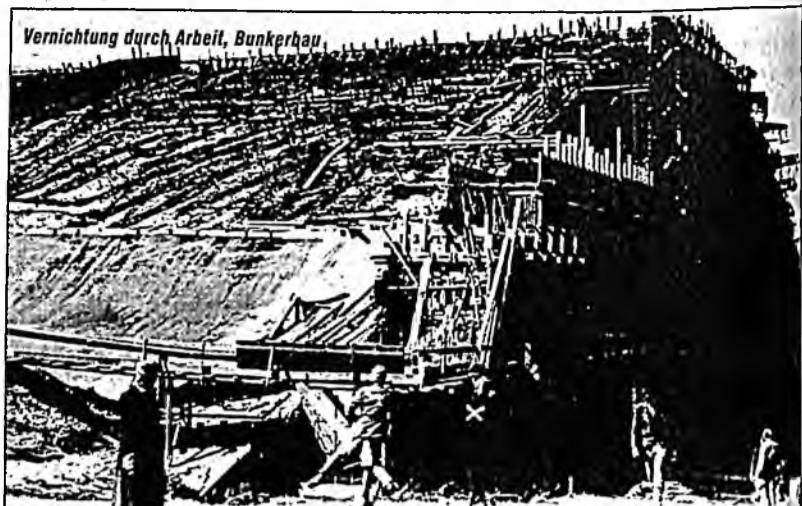


Abbildung 32 - eine Frau trägt auf ihrer Kleidung ein weißes Kreuz aufgenäht, damit die SS besser zielen kann

geht: Das Rüstungsprojekt Ringeltaube, die Lager.

Warum wurden eigentlich Juden und andere Verfolgte von Auschwitz nach Landsberg und Kaufering verschleppt? „Die Entscheidung über den Arbeitseinsatz von Juden im Reich wurde im Zusammenhang mit dem Jägerprogramm gefällt, in dem Großbunker zur Verlagerung der fabrikmäßigen Flugzeugproduktion unter der Erde erstellt werden sollten. Hitler glaubte, daß die gesamte Flugzeugproduktion unterirdisch angelegt werden müsse, weil sie so unangreifbar und bombensicher sei ... Das Hauptproblem der damaligen Zeit war zunächst die Beschaffung von Arbeitskräften. Und das bedeutete für Hitler, seine Rassenideologie hinter kriegswirtschaftlich wichtigeren Plänen zurückzustellen ... Das Programm Vernichtung durch Arbeit bedeutete einen neuartigen Aufbau der Konzentrationslager.“ (S. 44-45) „Es sollten ca. 900 Flugzeuge pro Tag aus den unterirdischen Hangaren starten, allerdings kam es nicht mehr dazu, denn die Fabriken wurden niemals fertiggestellt.“ (S. 107)

Viele Zitate aus veröffentlichten Lebenserinnerungen, z.B. von Viktor E. Frankl und Primo Levi eröffnen einen Zugang zu weiterführender Literatur

und machen deutlich, wie eng Weltgeschichte, Weltliteratur und Ortsgeschichte miteinander verknüpft sein können.

Ein Quellen- und Abbildungsverzeichnis macht es möglich, jede Feststellung des Buches zu überprüfen und damit weiter zu arbeiten. Und es veranschaulicht, wie schwierig es sein kann, einen Zeitraum von nur 50 Jahren zu überbrücken, wenn massive Interessen für die Geheimhaltung gesorgt haben.

Bei den Fotos fehlen leider oft Angaben zum Jahr und zu den Umständen der Entstehung. So fragt man sich oft, wie kann es sein, daß es hier vorn Fotos gibt? Etwa bei dem oben abgedruckten Foto, Abb. 32 im Buch mit dem Untertitel „Eine Frau trägt auf ihrer Kleidung ein weißes Kreuz aufgemalt, damit die SS besser zielen kann“ - dieses Bild ist ein Dokument aus dem Landsberger Stadtarchiv. Wie es zustandekam, mag heute unbekannt sein - aber Hinweise darauf, ob über die Entstehungsgeschichte solcher Bilder etwas bekannt ist, hätte man gern gelesen.

Eine Ausstellung, die auf dem Buch beruht, kann über Frau Fenner bestellt werden.

- (mf)

Textauszüge

Die Planung des Jägerstabes

Die Entscheidung über den Arbeitseinsatz von Juden im Reich wurde im Zusammenhang mit dem Jägerprogramm gefällt, in dem Großbunker zur Verlagerung der fabrikmäßigen Flugzeugproduktion unter der Erde erstellt werden sollten. Hitler glaubte, daß die gesamte Flugzeugproduktion unterirdisch angelegt werden müsse, weil sie so unangreifbar und bombensicher sei. Die deswegen halbunterirdischen Fabrikhallen für das erste Strahlflugzeug, die Wunderwaffe Me 262, wurden von der Organisation Todt gebaut, benannt nach Fritz Todt, dem Vorgänger Albert Speers als Minister. (Bei der OT war sein Nachfolger Xaver Dorsch.) Fritz Todt amtierte von 1940-1942 als Minister für Bewaffnung und Munition. Die Organisation Todt, kurz OT genannt, war der bedeutendste nichtmilitärische Verband während des Krieges. Sie besaß weitreichende Vollmachten, soweit es um die Enteignung von Grundstücken und Gebäuden ging. Sie konnte jede Art von Material und Maschinen einsetzen, soweit sie benötigt wurden. Ihre kriegswichtigen Ziele hatten jeden denkbaren Vorrang. Weil sie kein Ministerium war, konnte sie flexibler und origineller plaudern und war nicht so schwerfällig wie die Bürokratie. Das Hauptproblem der damal-

gen Zeit war zunächst die Beschaffung von Arbeitskräften. Und das bedeutete für Hitler, seine Rassenideologie hinter kriegswirtschaftlich wichtigen Plänen zurückzustellen.

Judenvernichtung oder Rüstungsarbeiter?

Einerseits nahm man also mit diesem Programm in Kauf, daß jüdische Arbeitskräfte für Rüstungsaufgaben im Reich eingesetzt wurden, andererseits veränderte dieser Aufgabenbereich außerdem auch die Organisationsstruktur des KZ-Systems. Das Programm „Vernichtung durch Arbeit“ bedeutete einen neuartigen Aufbau der Konzentrationslager.

Die SS vermietete ihre Arbeitssklaven an die OT, die sie ihrerseits an Bauunternehmen weitervermietete. Die SS beschränkte sich auf die Terrorisierung der Menschen im Lager und sorgte für Nachschub, wenn „unverbrauchte“ Häftlinge benötigt wurden. Herausragendes Merkmal der Kauferinger (und Mühldorfer) Außenkommandos war, daß sich die SS weitgehend zurückzog und die Bewachung außerhalb der Lager der OT übertrug. Für die Unterbringung (also für den Aufbau der Unterkünfte), die Verpflegung, die medizinische Versorgung und die Bewachung um Arbeitsplatz war die OT verantwortlich, teilweise auch für die Aussortierung der arbeitsunfähigen Häftlinge. Die SS wachte nur darüber,

Das Buch kann unmittelbar bei der Autorin Barbara Fenner, Eichbergerstr. 1, 86928 Hofstetten oder über das Fremdenverkehrsamt der Stadt Landsberg 86999 Landsberg a. Lech bzw. über den Buchhandel (ISBN 3-9804362-0-9) bestellt werden. Preis: 22,50 DM.

Die Autorin Barbara Fenner, Jahrgang 1942, ist Historikerin und Oberstudienrätin. Sie unterrichtet am Landsberger Ignaz-Kögler-Gymnasium Geschichte.

dass alles „funktionierte“. Für die Häftlinge war es im Grunde gleichgültig, ob sie in den Händen der OT oder unter alleiniger Regie der SS waren. Die „Vernichtung durch Arbeit“ wurde an Baustellen der OT von der OT durchgeführt. Häftlinge litteten unter Mißhandlungen von OT-Männern genauso wie durch die SS. War die Arbeitskraft der SS-Häftlinge verschlissen, so überantwortete die OT diese Opfer z.B. im September und Oktober 1944 der SS zur „Rücküberstellung“, d.h. zur Vergasung, nach Auschwitz.

Die Bauweise der Bunker

Das Besondere des Bunkers scheint uns heute, wenn wir ihn betreten dürfen, einmal die außergewöhnliche Größe, er umfaßt sechs Stockwerke, außerdem ist er halb-unterirdisch angelegt. Die Außenteile wurden mit einer ein Meter dicken Erdschicht abge-

deckt, mit Bäumen zur Tarnung bepflanzt, deshalb ist von außen wenig zu sehen, zumal die Bundeswehr nur sehr selten, aus Gründen der Geheimhaltung, Besuchern eine Führung genehmigt.

Ungewöhnlich ist zudem die Bauweise. Ein völlig neues Verfahren machte es möglich, diese gigantischen Bunker ohne Verschalung zu erstellen. Landsberg war dafür besonders gut geeignet, weil wir in unserem Raum günstigste Kiesvorkommen über eine große Tiefe besitzen. Dieser Kies wurde gleichmäßig etwas aufgeschüttet, darüber spritzte man Magerbeton und darüber dann den Feinbeton, der sofort mit Armierungen (Eisenverstrebungen zur Verankerung der Aufbauten) versehen wurde. Anschließend grub man den Kies unter dem Betonbauwerk aus und verwendete ihn für die weiteren Vorwärtsbauten. Der schon bestehende Teil des Bunkers konnte deshalb bereits aufgebaut werden, während die fortlaufenden Erweiterungen angebaut wurden.

Diese Bauweise war 1944 völlig neu und ist auch heute noch nicht völlig veraltet, Kernkraftwerke werden ähnlich gebaut, mit doppelter Betondecke zur größeren Sicherheit bei Katastrophen. Der Landkreis Landsberg bot noch einen besonderen Vorteil, die ländliche Gegend tarnte, weil es keine Industrie gab. Folglich würden die Alliierten kaum Rüstungsbetriebe vermuten.